

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

**Garagentor-Antrieb**    
leiser Lauf mit Softstart und Softstopp  
ab Fr. **645.-**  
inkl. 2 Handsender  
excl. Montage

**MAURER AG**  
8192 Glattfelden • 044 867 35 60  
www.maurer-glattfelden.ch

SOZIALWERKE: BELASTUNG UND MISSBRAUCHSBEKÄMPFUNG

## Keine Mehrwertsteuererhöhung für die IV!

Die Belastungen im Sozialversicherungsbereich sind nach wie vor enorm und auch die Missbrauchsthematik aktuell. Die Finanzkrise macht die Sache auch nicht besser und angesichts der immer noch enormen Schuldenlast – namentlich der Invalidenversicherung (IV) – müssen wir für deren Sicherung und Finanzierbarkeit eintreten. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für die IV im Februar kommt nicht in Frage.

Zu einer Hauptrisikogruppe für das Abgleiten in die Invalidität gehören Menschen ab ca. 50 Jahren mit geringer Ausbildung, oft ausländischer Herkunft und mangelnden Sprachkenntnissen, in körperlich belastenden Tätigkeiten. Hier ist oft zu beobachten, dass nach einem Bagatellunfall eine Rückkehr an den Arbeitsplatz nicht mehr erfolgt, obwohl eine Abheilung stattgefunden hat. Der Grund ist meist geklagtes Schmerzempfinden, das medizinisch nicht nachweisbar ist. Auch Frauen mit Doppelbelastung (Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung) sind eine Risikogruppe. Nach einem Bagatellunfall mit Lohnfortzahlung oder Taggeldbezug merken diese zum ersten Mal in ihrem Leben, dass auch ohne Arbeit ein Einkommen erzielt werden kann. Da ist eine Flucht in die Krankheit nicht mehr weit, um eine in ihrem Umkreis akzeptierte Entschuldigungsverantwortung zu haben und der Doppelbelastung zu entgehen. Es sind immer wieder die klassischen Missbrauchsfälle zu beobachten von Personen, die vorsätzlich vorgeben, nicht mehr arbeiten zu können, obwohl sie dazu ohne weiteres in der Lage wären.

**Stopp den Gefälligkeitsattesten**  
In der Invalidenversicherung gibt vor allem der Anteil psychisch Erkrankter zu Sorgen Anlass, zumal die gestellten Diagnosen oft schwammig sind und gar nicht richtig überprüft werden können. Eine Depression ist rasch diagnostiziert, eine Arbeitsunfähigkeit schnell attestiert. Auch der Umstand, dass schlechtes Benehmen zum Teil als Persönlichkeitsstörung gefasst wird, erstaunt zuweilen. Hier erweisen manchmal Hausärzte und behandelnde Psychiater der Versicherung mit Gefälligkeitsattesten einen Bärendienst. Klagen von Schmerzpatienten sind in der Tat schwierig zu beurteilen, da sie nicht überprüfbar sind, und es meist an einer körperlichen Erkrankung fehlt. Schmerzen nach einem Schleudertrauma sind ebenfalls kaum fassbar. Die



ERICH GRÄUB  
ERSATZRICHTER AM SOZIAL-  
VERSICHERUNGSGERICHT  
SVP ADLIKON

Krux liegt hier darin, dass wohl niemand daran zweifelt, dass es tatsächlich Patienten gibt, die an Schmerzen leiden. Die Entwicklung hat indes gezeigt, dass zahllose Verunfallten nun einfach Schmerzen vortragen.

**Ansteckende Invalidität?**  
Die Gründe für den massiven Anstieg an Leistungsbezüglern sind wohl mannigfaltig. Neben immer höher werdenden Anforderungen der Arbeitswelt ist ein Hauptgrund sicherlich die Veränderung der Werte der Gesellschaft: Früher war Missbrauch eine Schande, heute fast schon eine Tugend in gewissen Kreisen. Man stelle sich einmal die Nachkriegsgeneration in den 60er-Jahren vor, welche am Stammtisch damit prahlt, trotz Arbeitsfähigkeit eine Rente erschlichen zu haben. Das wäre wohl unvorstellbar gewesen. Heute aber bekommt man Komplimente und wird gar noch gefragt, wie man das angestellt habe. Die Frustrationstoleranz scheint weiter auf breiter Ebene abgenommen zu haben. Währenddem einige Arbeitnehmer trotz Schmerzen ihrer Tätigkeit nachgehen, bleiben andere einfach zu Hause. Auch hier machen es die persönlichen Werte aus, zu wel-

chem Typ man selber gehört. Ein besonderes Augenmerk verdient die manchmal anzutreffende Haltung von einzelnen Zugewanderten ohne persönliche Identifikation mit der Schweiz, welche nicht etwa aus Interesse und positiver Neugierde in die Schweiz einwandern, sondern einzig und allein des Geldes wegen. Viele möchten denn auch im Pensionierungsalter oder mit einer IV-Rente ausgestattet wieder in die Heimat zurück und haben damit ganz andere Interessen. Ein weiteres Problem ist eine immer häufiger anzutreffende Erkrankung: die «ansteckende Invalidität». Wenn ein Bekannter eine Rente bekommt, möchte man selber auch eine haben.

**Rückgewinnung der urschweizerischen Werte anstreben**

Eine Rückgewinnung der urschweizerischen Werte basierend auf der abendländischen Tradition ist der beste Garant für ein funktionierendes System: Mit einer eigenen Leistungsbereitschaft selber arbeiten und für die wirklich Schwachen sorgen. Da diese Haltung immer mehr verschwindet, müssen andere Mechanismen greifen. Eine Lösung ist, dass die staatlichen Leistungen auf nachweisbare Erkrankungen eingeschränkt werden. Vor allem bei psychischen Erkrankungen und nicht nachvollziehbaren Schmerzklagen kann wohl längerfristig auch vor Überwachungen nicht Halt gemacht werden. Die Überprüfung der laufenden Dossiers von Versicherten, welche in der Vergangenheit zu Unrecht eine Rente erhielten, ist unabdingbar, wobei allenfalls zusätzlich gesetzliche Anpassungen gemacht werden müssen. Keine Lösung ist jedenfalls eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Solange das System derart missbrauchsanfällig ist wie heute und nicht nur die wirklich Kranken Leistungen erhalten, kommt eine derart einschneidende Finanzierung nicht in Frage. Die Wirtschaft ist eingeladen, Arbeitsplätze für

## Parolen zur Volksabstimmung vom 30. November 2008

### Eidgenössische Vorlagen

**Volksinitiative «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»** **JA**

**Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter»** **NEIN**

**Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz»** **NEIN**

**Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz!»** **JA**

**Änderung vom 20. März des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und psychotropen Stoffe** **NEIN**

### Kantonale Vorlagen

**Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder»** **JA**

**Kantonsratsreferendum «Gesetz über den Beitritt zum HarmoS-Konkordat»** **NEIN**

**Kantonsratsreferendum «Hundegesetz» (Variante für ein Kampfhundeverbot)** **2x NEIN**

**Volksinitiative «Ja zur Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug»** **JA**

**Volksinitiative «Mit dem Tram direkt zum Zoo» (Rahmenkredit für die Verlängerung der Tramlinie direkt zum Haupteingang des Zoos Zürich und der Masoala-Halle)** **NEIN**

Leistungsschwache einzurichten. Viele Menschen befinden sich im Grenzbereich zwischen Leistungsfähigkeit und Invalidität.

**SVP – die eigentliche soziale Partei**

Zusammengefasst ist auf politischer Seite eine Stärkung der SVP das beste Mittel für eine Gesundung der Sozial-

werke. Die SVP ist ja an sich die eigentliche soziale Partei in der Schweiz, weil sie die Rahmenbedingungen für eine starke Wirtschaft schafft, gesunde Werte vermittelt und diese auch durchsetzt. Dies ermöglicht einen guten Verdienst aller, ohne den es nichts an die Bedürftigen zu verteilen gibt. Daran führt kein auch noch so nett gemeinter Weg vorbei.

**PORTAS®**  
Europas Renovierer Nr. 1  
**PORTAS Küchen-Renovierung**

Renovierung in nur einem Tag!  
Sie sparen bares Geld!  
Für alle Küchen geeignet!  
Neue Fronten nach Mass!

PORTAS-AG Pilotbetrieb • Im Ebnet • 8370 Sirmach  
**Tel. 071-9693636**  
www.portas.ch • info@portas-sirmach.ch

**Restaurant Flair**  
Gutbürgerliche Küche zu fairen Preisen

Fam. Elsa und Werner Wiederkehr-Nydegger

- Täglich 4 Menus
- Hervorragende Weine
- Aktuell: Salatbuffet Take away

Öffnungszeiten:  
Mo – Fr 07.00–23.00 Uhr  
Sa 09.30–24.00 Uhr  
So 10.00–18.00 Uhr

Schaffhauserstrasse 306, 8050 Zürich-Oerlikon (Tramhaltestelle Berninaplatz)  
Tel. 044 310 68 68 www.restaurant-flair.ch

**Schreinerei Hanspeter Rüttschi**

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf  
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

**Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.**

**Ihr Immobilien Makler + Verwalter**

Wir vermitteln seit Jahren erfolgreich:  
**Einfamilienhäuser**  
**Eigentumswohnungen**  
**Bauland**

Gerne übernehmen wir auch Ihre **Verwaltung**

Rufen Sie uns an wir erteilen gerne weitere Auskünfte:

**Uster** 044 997 24 70  
**Buchs** 079 403 62 70  
**Dietikon** 044 744 25 50  
**Wettingen** 056 426 02 64  
**Wohlen** 056 470 13 54  
**Aarau** 062 726 01 40

**BENTO IMMOBILIEN AG**  
Immobilien & Verwaltungen  
Projektentwicklungen  
www.bento.ch

**rahmenatelier kanzlei**

Einrahmungen von Bildern und Spiegeln  
www.rahmenatelier-kanzlei.ch

Digitaldruck im Grossformat auf Leinwand oder Papier  
www.artatprint.ch

Wechselrahmen in grosser Auswahl  
www.wechselrahmenshop.ch

Künstlerbedarf über das Internet  
www.kunstmalershop.ch

Bespannte und unbespannte Keilrahmen  
www.keilrahmen.ch

**kunstmalerbedarf und rahmenatelier kanzlei**  
Kanzleistrasse 111  
8004 Zürich  
Tel. 044 241 24 11

**Zauberberg und Zeitgeist**



VON CHRISTOPH MÖRGELI

1971 gründete Klaus Schwab das World Economic Forum (WEF), dessen Präsident er noch heute ist. Mittlerweile treffen sich rund 2000 Staats- und Wirtschaftsführer jährlich in Davos. «Ich habe zwei Dokortitel und fünf Titel insgesamt, übrigens alle mit magna oder summa cum laude», unterstreicht Klaus Schwab die Bedeutung seiner Person und damit auch die Bedeutung des WEF. Immerhin geht es den Veranstaltern um die Lösung der Menschheitsprobleme. Im Grunde seines Herzens sieht sich Schwab deshalb als «Intellektueller», dessen Kunst darin bestehe, «Probleme und Trends frühzeitig zu erkennen».

Was Schwab als «frühzeitiges Erkennen von Problemen und Trends» beschreibt, entpuppt sich meist als profanes Zeitgeist-Surfen. Anders ist sein opportunistisches Banker-Bashing der letzten Tage nicht zu erklären. Finanzbosse hätten sein Davos zum blossen Amusement besucht. Statt an Diskussionen teilzunehmen, sei es den Bankmanagern wichtiger gewesen, sich den grössten Partyraum zu sichern. Selber schuld, nölt nun Schwab. Denn der Doppel-Doktor hat's schon immer gewusst: Bereits vor fünf Jahren hätte das WEF die Investmentbanker und Hedge Funds vor einem Kollaps des Finanzsystems gewarnt. Selber selber schuld, möchte man zurücknölen. Wer Angelina Jolie, Brad Pitt, Sharon Stone und Bono nach Davos bittet, muss sich nicht über mangelnde Ernsthaftigkeit beklagen. «Für Eitelkeiten geht man nach Wimbledon oder nach St. Moritz, aber nicht ans WEF», liess Schwab noch 2004 verlauten.

Überhaupt gehört Klaus Schwab zur Kategorie der «Ich-hab's-immer-schon-gewusst-und-gesagt»-Typen. «Jetzt reden alle von Klimawandel, wir taten dies am Forum schon in den Siebzigerjahren.» (Januar 2008). «Ich habe vor fünf Jahren als einer der Ersten davor gewarnt, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter öffnen darf.» (Januar 2002) Und über die Globalisierungsfolgen habe er «schon lange vor den ersten zornigen Protesten auf den Strassen gewarnt». (August 2003)

Man weiss, dass sich Propheten nur sehr selektiv an ihre Prognosen erinnern. Darum ein passendes Zitat zu den aktuellen US-Präsidentenwahlen: «Ich bin überzeugt, dass er ein guter Präsident wird. Vor allem, weil er gute Leute um sich hat.» So Klaus Schwab. Allerdings im Dezember 2000. Nach der Wahl von George W. Bush.

**SVP FORDERT ABSTINENZORIENTIERTE DROGENPOLITIK**

# 2 Mal Nein zum Drogensumpf!

Leider ist die Schweizer Drogenpolitik keine Erfolgsgeschichte. Immer mehr Drogen werden konsumiert, die Zahl der Abhängigen steigt. Obwohl der Bundesrat nicht müde wird zu betonen, wie wichtig der Anschluss und gleiche Vorgaben auf dem internationalen Parkett seien, steht die Schweizer Drogenpolitik im krassen Widerspruch zum Rest der Welt. An keinem Ort auf unserer Erdkugel ist man bereit, den Weg der Rauschgiftlegalisierung, wie sie in der Schweiz mit der vorliegenden Gesetzesänderung vorgeschlagen wird, zu gehen. Es gilt jegliche Art von staatlich geförderten Rauschgiftkonsum zurückzuweisen. Stimmen Sie deshalb 2 Mal Nein zu den Drogenvorlagen!



ERNST SCHIBLI  
NATIONALRAT SVP  
OTELFINGEN

Die Befürworter der Drogenfreigabe beschönigen die Wirkung von Cannabisprodukten in unhaltbarer Art und Weise. Tatsache ist, dass der Konsum von Rauschgift äusserst schädlich ist und süchtig macht. Insbesondere Jugendliche, deren körperliche Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist, sind davon betroffen. Durch den Konsum von Haschisch und Marihuana wird das Risiko für psychische Krankheiten um durchschnittlich 40 Prozent gesteigert. Im Verlaufe der Neunzigerjahre hat sich der Eintritt von männlichen Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren verdreifacht. Jugendliche mit schwerem Cannabiskonsum haben ein viermal höheres Risiko für eine spätere Schizophrenie, als solche ohne Kon-

sum. Junge Mädchen, die mit fünfzehn oder sechzehn Cannabis rauchen, weisen ein sechsmal höheres Risiko auf, mit zwanzig schwere Depressionen zu entwickeln.

**Die Wirkung von Cannabis wird beschönigt und unterschätzt**  
Rund 40 Prozent der Cannabis-Konsumenten leiden an Konzentrations- und Gedächtnisstörungen, Verwirrung, Passivität und Teilnahmslosigkeit. Die Folgen davon sind klar: Weder in der Schule noch im Beruf werden auch nur annähernd die gleichen Leistungen erbracht wie von Abstinenten. Die Folge des Drogenkonsums ist, dass die Verantwortung für das eigene Leben nicht wahrgenommen wird. Es ist darum dringend notwendig, dass mit der Weiterführung des Verbots unmissverständlich zum Ausdruck gebracht wird, dass Cannabis sehr schädlich ist. Damit werden auch die umfassenden Anstrengungen vieler Eltern, Lehrer,

Lehrmeister usw. zur Bekämpfung des Cannabis-Konsums unterstützt.

**Die Schweiz als Drogenmekka Europas?**

Mit einem Ja zur Hanf-Initiative würde die Schweiz zum Drogenmekka Europas und der ganzen Welt. Tausende Cannabis-Konsumenten würden zur Beschaffung und zum Konsum des Stoffes in unser Land kommen. Die Herkunftsländer der Drogenbeschaffer würden einem solchen Treiben wohl kaum tatenlos zusehen. Mehr Kriminalität, mehr Gewalt, mehr Dreck und Unordnung wären zusätzliche Nebenwirkungen. Die Schweiz würde zu einer Kiffer-Höhle verkommen.

Parallel zum legalisierten Hanfhandel würde sich der Handel mit Kokain, Heroin und Designerdrogen in der Schweiz verstärkt ausbreiten. Durch den Konsum verschiedener Drogen würden die gesundheitlichen und sozialen Schäden inklusive aller negativen

Begleiterscheinungen des Drogenelends ein noch grösseres Ausmass annehmen. Hinzu kämen weitere Formen der Kriminalität, die sehr oft mit dem Drogenhandel einhergehen wie Menschenhandel, organisierte Kriminalität usw. Darum muss unter allen Umständen vermieden werden, dass der Drogenkonsum straffrei wird.

**Allein die Drogenabstinenz bürgt für eine langfristige Besserung der Situation**

Das Resultat der bisherigen Schweizer Drogenpolitik ist ein milliardenschweres, gescheitertes und menschenunwürdiges Experiment. Bei Annahme der Drogenvorlagen würden die Strafbestimmungen derart aufgeweicht, dass die Arbeit der Polizei weiter erschwert würde. Das bestehende Gesetz erlaubt auch einen besseren Jugendschutz. Abstinenzorientierte Therapieansätze und eine vernünftige Repression verhindern das Entstehen neuer offener Drogenszenen. Es sollte strafbar sein, Menschen mittels so genannten Hilfsprogrammen in ihrer Sucht und ihrem Elend zu belassen. Ziel muss es sein, die Anzahl der Rauschgiftsüchtigen zu senken und den Einstieg in die Sucht möglichst zu verhindern.

Neben der echten Hilfeleistung für die suchtkranken Menschen haben Abstinenz und Prävention daher höchste Priorität. Klare Leitplanken geben den jungen Menschen Sicherheit, Hoffnung, aber auch genügend Bewegungsspielraum, damit sie ihr Leben, in Freiheit und Eigenverantwortung selber bestimmen können. Darum sind die Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» und die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes abzulehnen.

**NEIN ZUR RENTENALTERSENKUNGS-INITIATIVE DER LINKEN!**

# Angriff auf unsere Sozialwerke

Am 30. November stimmt die Schweizer Bevölkerung zur Rentenaltersenkungs-Initiative ab. In den vergangenen Jahren kam dieses Anliegen wiederholt vor das Volk. Dieses realitätsfremde und volkswirtschaftlich extrem teure Ansinnen muss abgelehnt werden. Die AHV ist der wichtigste Pfeiler der Sozialversicherungen der Schweiz. Ihre Basis ist die Solidarität zwischen der arbeitenden Generation und den Mitbürgern im verdienten Ruhestand. Das muss auch in Zukunft so bleiben. Im Umgang mit der AHV sind Weitsicht und Verantwortung mehr denn je von grösster Wichtigkeit. Die grosse Herausforderung bei der Ausgestaltung der Zukunft der AHV ist und bleibt das zwischen Beitragspflichtigen und Rentenbezüglern ausgewogen zu gestalten; dieses Gleichgewicht stürzt mit dieser Volksinitiative ab.



JÜRIG STAHL  
NATIONALRAT SVP  
WINTERTHUR

Die Initiative fordert eine generelle Senkung des Rentenalters für Frauen und Männer von heute 65 Jahren (Männer) bzw. 64 Jahren (Frauen) auf ein Rentenalter 62. Und zwar für alle, die weniger als 119 340 Franken Erwerbseinkommen im Jahr ausweisen. Zudem muss die Erwerbstätigkeit ganz oder zumindest grösstenteils aufgegeben werden. Die Initianten wollen nach ihren Verlautbarungen vor allem den unteren Einkommensklassen eine Frühpensionierung ermöglichen. Dafür ist die Einkommensgrenze von knapp 120 000 Franken nicht nur völlig willkürlich, sondern auch viel zu hoch angesetzt. Gemäss Berechnungen des Bundes würden rund 98 Prozent der Frauen und 85 Prozent der Männer diese Bestimmung erfüllen. Wenn die Initianten versuchen, die Vorlage als «Flexibilisierung» zu verkaufen, ist das reiner Etikettenschwindel. Denn faktisch führt die Initiative zu einer Senkung des Rentenalters um zwei bis drei Jahre! Mit entsprechenden Milliardenkosten.

**Die Folgen sind jährliche Milliardenkosten**

Es ist aber nicht nur der Mehrbedarf an Kosten für diese Rentenaltersenkung, vielmehr fallen auch die fehlenden Lohnbeiträge der 62- bis 65-Jährigen

ins Gewicht. Eine Entsolidarisierung, welche die Grundmauern des wichtigsten Sozialwerkes stark erschüttern würde. Jahr für Jahr würde diese Initiative 1,5 Milliarden Schweizer Franken zur Folge haben, welche von Steuerzahlenden und Arbeitenden aufgebracht werden müssten. In einer Phase der dringenden Konsolidierung der Sozialwerke hat es keinen Platz für egoistische Ausbauwünsche. Es scheint so, als ob die unbedachte Ausbaustrategie der Linken immer noch Tatsache ist! Dieser Bewegung muss entschieden entgegengetreten werden, denn die Leidtragenden sind junge Fa-

milien und die arbeitende Bevölkerung. Dazu kommt, dass der Wirtschaftsstandort Schweiz nachhaltig geschwächt würde.

**Trend geht zu höherem Rentenalter**

Wenn wir Richtung unsere Nachbarländer schauen, dann muss definitiv ein Trend Richtung höherem Rentenalter festgestellt werden. Die Schweiz tut gut daran, diesen schmerzhaften Schritt nicht zu tun, um nach einer unverantwortlichen Senkung des Rentenalters wie es Frankreich und Deutschland vor Jahren gemacht hat-

ten, den schwierigen Weg der Rentenalterserhöhung zu vollziehen. Es kann nicht sein, dass die Menschen dank dem medizinischen Fortschritt immer älter werden dürfen und dies keinen Einfluss auf die Ausgestaltung der Sozialwerke hat. Eine Mathematikaufgabe, welche eigentlich in der Volksschule bereits einfach gelöst werden kann.

**Auch weiche Faktoren entscheidend**

Auch wenn der Titel der Initiative für Einzelne verlockend klingen mag, so sollten wir auch beachten, dass Arbeit – entgegen der Auffassung linker Gewerkschaftsbosse – einen sehr positiven Aspekt beinhaltet. Arbeit bedeutet vor allem, der Allgemeinheit oder dem Unternehmen einen Nutzen zu geben. Bestandteil dieses Systems zu sein, heisst auch einen Beitrag zu leisten. Langeweile und Unterforderung sind Gift für das Gleichgewicht und das Wohlbefinden! Erst in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich eine gewisse Spassgesellschaft in eine Richtung Nichtstun entwickelt. Meine Erfahrung aus meinem Umfeld zeigt mir jedoch, dass der Grossteil der Bevölkerung nach wie vor eine grosse Bereitschaft zeigt, der Gemeinschaft in irgendeiner Form Nutzen zu bringen. Diese schweizerische Tugend sollten wir nicht jäh zerstören, darum ist die Rentenaltersenkungs-Initiative der Linken klar abzulehnen.

**Am 30. November**

# NEIN

**zur AHV-Initiative der Gewerkschaften**

Felix Gutzwiller  
Ständerat FDP

Urs Hany  
Nationalrat CVP

Jürg Stahl  
Nationalrat SVP

Thomas Weibel  
Nationalrat GLP

Robert E. Gubler  
Präsident Kantonaler  
Gewerbeverband Zürich

## «Die Gewerkschaftsinitiative belastet die AHV jährlich mit 1,5 Milliarden Franken und gefährdet zukünftige Renten!»

Zürcher Komitee «NEIN zu neuen Milliardenlasten für die AHV», Postfach 1342, 8026 Zürich



## KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

# Keine Meldepflicht für minderjährige Rauschtrinker

An der letzten Sitzung des Kantonsrats vom 4. November wurde über die Meldepflicht von minderjährigen Rauschtrinkern debattiert. Zudem hat die Legislative des Kantons einen SVP-Vorstoss vorläufig unterstützt, der eine schnellere Gangart bei der Behandlung von Parlamentarischen Initiativen fordert.



**YVES SENN**  
KANTONS RAT SVP  
WINTER THUR

Mit einem Postulat forderten drei Kantonsräte von EDU und EVP, dass der Regierungsrat eine Meldepflicht für jugendliche Rauschtrinker einführt. Diese Meldungen sollten möglichst kostengünstig und ohne grossen Aufwand an die Polizei erfolgen, welche die Erziehungsverantwortlichen und im Wiederholungsfall die Vormundschaftsbehörde informiert. Nach Erreichen der Volljährigkeit sollen diese Meldungen wieder gelöscht werden. Als Begründung führten die Kantonsräte an, dass jeden Tag fünf jugendliche Rauschtrinker in die Zürcher Spitäler eingeliefert werden. Damit diesen Jugendlichen wirkungsvoll geholfen werden kann, müssen die involvierten Personen und Stellen über diese Exzesse informiert werden. Dies kann nur mittels einer Meldepflicht sichergestellt werden.

Die Erziehungsverantwortlichen und die Polizei sowie im Wiederholungsfall auch die Vormundschaftsbehörde sollte von derartigen Ereignissen Kenntnis erlangen. Der Regierungsrat war bereit, das Postulat entgegenzunehmen. **Claudio Zanetti** (SVP, Zollikon) monierte im Rat, dass es nicht verständlich sei, wenn der Regierungsrat in wirtschaftlich schwierigen Zeiten freie Kapazität für die Entgegennahme eines solchen Postulat habe. Ausserdem sei das Konsumieren von Alkohol ab 16 Jahren erlaubt, auch wenn dies für manche störend ist. Das Postulat wurde mit 116 zu 44 Stimmen abgelehnt.

### Hochspezialisierte Medizin

Der Kanton Zürich will der Interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin beitreten. Der Zweck dieses Konkordates ist, dass die Kantone in einer Vereinbarung eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende und wirtschaftliche medizinische Versorgung sicherstellen. Dies umfasst die Koordination und Konzentration der hochspezialisierten Medizin mit denjenigen medizinischen Bereichen und Leistungen, die durch ihre Seltenheit, durch ihr hohes Innovationspotenzial, durch einen hohen personellen oder

technischen Aufwand oder durch komplexe Behandlungsverfahren gekennzeichnet sind. **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) betonte im Rat, dass die Sicherung der Qualität oberste Priorität habe und die Mittel so zu konzentrieren seien, dass das hohe Ziel, höchste Qualität nicht nur zu halten, sondern auch auszubauen, erreicht werde. Die SVP nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, dass ihre Forderungen und Anregungen zur Verbesserung der Wettbewerbssituation für das USZ nach der Vernehmlassung Eingang in die Vereinbarung gefunden haben. Dem Gesetz wurde mit der ersten Lesung zugestimmt.

### Schlacht tiertransporte

Mit einer Volksinitiative wird gefordert, dass der Kanton Zürich beim Bund eine Standesinitiative einreicht, damit in Zukunft die Durchfahrt von lebenden Schlachtieren durch die Schweiz verboten wird. Die Durchfahrt von Tieren durch die Schweiz ist zwar erlaubt. Bereits heute ist der Strassentransit von Rindvieh, Wasserbüffeln, Schafen, Ziegen und Schweinen verboten. Diese Tiere dürfen nur via Bahn- oder Luftverkehr durch die Schweiz geführt werden. **Christian Mettler** (SVP, Zürich) spricht sich für die Initiative aus, da niemand die Bilder aus Osteuropa, wo Pferde auf Schlacht tiertransporten verenden, sehen möchte. **Hansjörg Schmid** (SVP, Dinhard) erklärte, dass auch das Konsumverhalten der Bevölkerung eine wichtige Rolle spiele. Beim Kauf von Schweizer Fleisch stelle sich diese Problematik der Schlacht tiertransporte nicht. Der Vorlage wurde mit 161 Stimmen klar zugestimmt.

### Sterbetourismus

Zum dritten Mal innert wenigen Wochen wurde über den Sterbetourismus abgestimmt. Mit einer Parlamentarischen Initiative (PI) forderten EVP und EDU, dass mit einer Standesinitiative die Änderung von Art. 115 StGB herbeigeführt wird, um so die Freitodbegleitung an nicht in der Schweiz wohnhaften Personen unter Strafe zu stellen. Die Argumente blieben dieselben wie bei früheren Abstimmungen, nur die Verhältnisse wurden klarer. Mit nur 17 Stimmen fand die Initiative keine Unterstützung.

### Abfallgesetz

Mit einer Parlamentarischen Initiative forderten SP, Grüne und EVP, dass das Abfallgesetz dahingehend geändert wird, dass der Transport von Abfällen, soweit es ökologisch sinnvoll und technisch machbar ist, mit der Bahn zu erfolgen hat. **Heinrich Frei** (SVP, Kloten) stellte klar, dass heute bereits alles im Gesetz geregelt sei. Im Kanton Zürich gebe es fünf Kehrichtverbrennungsanlagen und die Distanzen seien sehr kurz. Das Umladen von den Strassenfahrzeugen auf die Bahn wäre sehr umständlich und teuer. Trotzdem wurde die PI mit 70 Stimmen vorläufig unterstützt und wird nun in einer Kommission behandelt.

### Bezüge der eidgenössischen Räte

Mit einer Standesinitiative forderte **Claudio Zanetti** (SVP, Zollikon) und **Alfred Herr** (SVP, Zürich), dass die Bezüge und andere geldwerte Leistungen für die Mitglieder der Eidgenössischen Räte auf die Hälfte zu reduzieren und der Besteuerung zu unterstellen sind. Im Vergleich mit den Entschädigungen kantonaler Parlamentarierinnen und Parlamentarier erscheint die eidgenössische Regelung als viel zu grosszügig. Damit steigt der Druck auf die Kantone, ihre Regelungen anzupassen, was nicht im Interesse des Steuerzahlers liegt. **Claudio Zanetti** stellte im Rat klar, dass es bei diesem Vorstoss nicht um Neid und weit mehr als um Geld gehe. Ein Nationalrat kommt im Jahr auf nahezu 100 000 Franken Entschädigung, dass ist das Fünffache dessen was ein Mitglied des Kantonsrats erhält. Die Bundeskasse scheint für viele Parlamentarier zu einem Selbstbedienungsladen verkommen zu sein, erklärt **Claudio Zanetti**. Zudem sei der grösste Teil dieser Bezüge steuerfrei. Das müsse korrigiert werden. Die FDP stellte fest, dass 100 000 Franken ein fürstliches Entgelt sei. Trotzdem wurde die PI nicht unterstützt.

### Parlamentarische Initiativen

Mit einer Parlamentarischen Initiative forderte **Hansjörg Schmid** (SVP, Dinhard) dass in Zukunft Parlamentarische Initiativen im Rat zügiger abgehandelt werden (siehe Kommentar). Die PI wurde nach eingehender Diskussion mit 132 Stimmen vorläufig unterstützt.

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

### Effizienz im Kantonsrat steigern!



**HANSJÖRG SCHMID**  
KANTONS RAT SVP  
DINHARD

Im Moment stossen wir im Kantonsrat über 200 Traktanden vor uns her. Am letzten Montag wurde eine Parlamentarische Initiative (PI) der SVP, die verlangt, dass bei der Überweisung von Parlamentarischen Initiativen nur noch eine reduzierte Debatte stattfindet, mit 132 Stimmen überwiesen. Nötig wären 60 Stimmen gewesen. Die PI ist eigentlich das wirksamste Instrument des Parlamentariers. Wenn eine PI im Kantonsrat die Hürde von 60 Stimmen genommen hat, geht sie in die entsprechende Kommission zur Behandlung. Anschliessend wird im Kantonsrat darüber diskutiert und abgestimmt.

Um das Anliegen umzusetzen, braucht es dann eine Mehrheit. Nun hat sich die Unsitte breitgemacht, dass bereits bei der ersten Hürde eine ausgiebige Diskussion im Rat stattfindet. So geschehen bei der PI für ein Verbot zum Bau von Minaretten (über 20 Wortmeldungen) oder bei der PI zur Abschaffung der 1.-Mai-Feier (16 Wortmeldungen). Dieselbe Diskussion findet dann nach der Behandlung in der Kommission nochmals statt. So gehen wertvolle (Arbeits-)Stunden verloren – bei notabene 180 Mitgliedern eine wackere Anzahl. Für den Stimmbürger ist dies unverständlich.

Unser Ziel muss sein, über Vorstösse, welche im Kantonsrat eingereicht werden, innert nützlicher Frist zu entscheiden. Wenn sich nun alle Parteien, ausser EVP und Grüne, unserer Meinung nach mehr Ratseffizienz angeschlossen haben, ist dies auch ein klarer Auftrag ans Präsidium und an die Geschäftsleitung des Kantonsrates. Sie haben dem Wunsch der Ratsmitglieder Rechnung zu tragen.

Natürlich können wir unsere Traktandenliste nicht vollständig abbauen. So ist es normal und für den Ablauf sinnvoll, dass 50–80 Geschäfte anstehen. Den tiefsten Stand der letzten Jahre (69 Traktanden) erreichten wir unter Ratspräsident Hans Rutschmann. Dies zeigt, dass eine hohe Ratseffizienz durchaus machbar ist.

Es ist mir bewusst, dass Parlamentarier gerne sprechen. Einige finden es sogar am schönsten, wenn sie sich selber sprechen hören. Trotzdem müssen wir uns angesichts der vielen Vorstösse etwas Selbstdisziplin auferlegen. Der älteste Vorstoss, der heute noch auf der Traktandenliste ist, stammt aus dem Jahre 2002. Ein weiterer pender Vorstoss betrifft die Fan-Betreuung an der Euro 08 aus dem Jahre 2004.

Es drängt sich also auf, dass neben der Sachpolitik auch die Arbeitsweise hinterfragt wird. Die SVP ist auch da am aktivsten und freut sich, dass bei den andern Parteien langsam aber sicher die Einsicht wächst. Ich danke allen, die meinen Vorstoss unterstützt haben.

## DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... Christian Prinz (GLP, Wetzikon) als Ersatzmitglied des Obergerichts gewählt. ☺
- ... die 1. Lesung zum Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin abgeschlossen. ☺
- ... der Volksinitiative für ein Verbot von Transporten mit Schlachtieren durch die Schweiz zugestimmt. ☺
- ... ein Postulat zur Meldepflicht von minderjährigen Rauschtrinkern abgelehnt. ☺
- ... eine PI zur Verhinderung des Sterbetourismus nicht unterstützt. ☺
- ... eine PI zur Änderung des Abfallgesetzes unterstützt. ☹
- ... eine PI zur Anpassung der Bezüge der eidgenössischen Räte nicht unterstützt. ☹
- ... eine PI zur schnelleren Feststellung von unterstützungswürdigen Parlamentarischen Initiativen vorläufig unterstützt. ☺

3.11.08

## FRAKTIONSERKLÄRUNG

### In Zukunft bald wieder Hafturlaub für Verwahrte?

Letzten Sonntag publizierte die NZZ am Sonntag unter dem Hintergrund-Thema «Wenn Frau zuschlägt» interessante Zahlen zur Kriminalität und rief dem Leser bzw. der Leserin gleichsam die brutalsten Tötungsdelikte – begangen von Frauen – in Erinnerung.

**JÜR G TRACHSEL**  
KANTONS RAT SVP  
RICHTERSWIL

Da war auch von einer gewissen Caroline H. die Rede. Sie erinnern sich. Caroline H. war 2001 vom Zürcher Obergericht schuldig gesprochen worden, im Sommer 1991 im Zürcher Parkhaus Urania eine 29-jährige Frau niedergestochen zu haben, eine Frau notabene, die nach Zürich gekommen war, um ihr Hochzeitskleid abzuholen. 1996 hatte die gleiche Caroline H. beim Chinagarten eine 61-jährige Frau umgebracht. Frau H. hatte im Weiteren 1998 eine 75-jährige Frau in der Zürcher Altstadt schwer verletzt und über 50 Brände gelegt. Caroline H. wurde zu einer lebenslangen Haft verurteilt und wird in Hindelbank verwahrt.

Letzte Woche wurde nun offenbar bekannt, dass Caroline H. aufgrund des revidierten Strafgesetzbuches neu be-

gutachtet wird. Das Obergericht muss aufgrund eines Bundesgerichtsurteils abklären, ob sie anstelle der Verwahrung eine stationäre therapeutische Behandlung antreten kann.

Am 18. Juni 2007 wurde eine Parlamentarische Initiative der SVP betreffend Verantwortlichkeit bei der Gewährung von Hafturlauben für Verwahrte vorläufig unterstützt. In der Kommissionsberatung wurde der Vorstoss dann vermeintlich elegant mit dem Verweis auf die am 1. Januar 2007 erfolgte Inkraftsetzung des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches bachab geschickt. Das neue Verwahrungsrecht – so hiess es – liesse solches gar nicht mehr zu. Der Ausweg aus der Verwahrung via Umwandlung der Verwahrung in eine stationäre therapeutische Massnahme wird im erläuternden Bericht zwar erwähnt; ob es tatsächlich dazu kommt, müsse die Praxis zeigen.

Wir wollen keine Praxis abwarten. Wenn mehrfachen Mörderinnen und Mördern aufgrund der gut gemeinten Gesetze unserer Gesellschaft das Recht zusteht, Gerichte anzurufen und sich immer wieder neu beurteilen zu lassen, wird irgendwann der Zeitpunkt kommen, wo diesen Mörderinnen und Mördern via Umwandlung in Massnahmen auch Hafturlaube gewährt werden wird.

Wer das Zepher in solchen Fragen nicht den Gerichten und den Fachleuten allein überlassen, sondern die Sicherheit der Bevölkerung und das Vertrauen in die Politik stärken will, der verlangt eben auch im neuen Verwahrungsrecht, dass Verwahrte dann und nur dann Hafturlaub gewährt wird, wenn der politisch Verantwortliche seine Unterschrift unter eine solche Verfügung setzt: Sie werden sehen, es wird keine Hafturlaube für Verwahrte mehr geben.

## Streitgespräch

Donnerstag, 13. November, 20.00 Uhr  
Hotel zum Goldenen Kopf, Bülach

## HarmoS

Geht die Schul-Harmonisierung zu weit?

Mit Standards die Schulqualität sichern oder Kinder enteltern und Kindheit verstaatlichen?

### Pro

Markus Späth, Kantonsrat SP  
Susanne Rihs, Kantonsrätin Grüne

### Kontra

Michael Welz, Kantonsrat EDU  
Matthias Hauser, Kantonsrat SVP

### Gesprächsleitung

Florian Schmid, Politikwissenschaftler



SVP-DELEGIERTEN TAGTEN IN FLAACH

## Statthalter und Bezirksrat nominiert

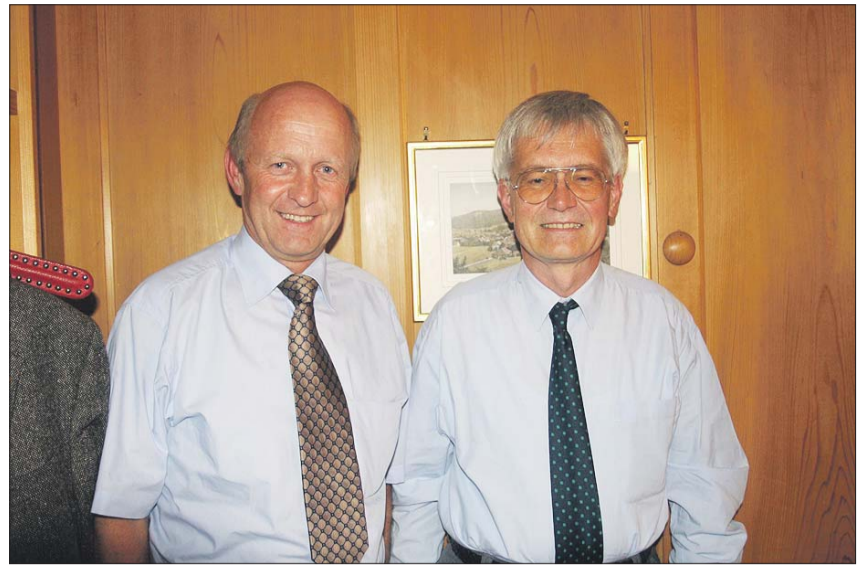
Die Delegierten der SVP Bezirk Andelfingen haben in Flaach Peter Weih als Statthalter und Ernst Meyer als Bezirksrat nominiert.

RoMü. Im kommenden Frühling treten auf die ordentlichen Erneuerungswahlen Statthalter Kurt Stäheli (SVP, Marthalen) nach 24 Amtsjahren sowie Bezirksrat Karl Griesser (FDP, Marthalen) zurück. Die erste Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge läuft demnächst ab, sodass die Parteien gefordert sind, die entsprechenden Kandidaten zu nominieren. Die 40 Delegierten der SVP Bezirk Andelfingen haben am Mittwochabend in Flaach ihre Kandidaten gekürt. Wir haben im Bezirk Andelfingen die spezielle Situation, dass der Statthalter und der Staatsanwalt in Personalunion (siehe Kasten) tätig ist, hielt SVP-Bezirkspräsident Konrad Langhart (Oberstammheim) vor den Delegierten fest. Dies wiederum macht es nötig, dass der Statthalter über ein Wahlfähigkeitszeugnis als Staatsanwalt verfügen muss. Der Vorstand beantragte den Delegierten, für das Amt des Statthalters

den 58-jährigen Peter Weih aus Urdorf zu nominieren. Der in Zürich geborene Weih absolvierte eine KV-Lehre, holte auf dem zweiten Bildungsweg die Matura nach und schloss 1981 sein Juristen-Studium ab. Weih listete dabei vor den Delegierten seine verschiedenen Stationen auf, wo er zuerst am Gericht und später als Bezirksanwalt oder heute als Staatsanwalt tätig war. Rückblickend verfüge ich über eine über 20-jährige Erfahrung als Staatsanwalt, betonte Weih. Diese Aufgabe mache ihm Freude und er führe sein Amt sehr sorgfältig und effizient. Weih wohnt zurzeit mit seiner Familie mit zwei schulpflichtigen Kindern in Urdorf, wird aber nach einer erfolgten möglichen Wahl in den etwas ruhigeren Bezirk Andelfingen umziehen. Er würde sich entsprechend freuen, das Amt als Statthalter mit voller Kraft ausfüllen zu können, versicherte Weih abschliessend. Auch die

Delegierten liessen sich von der Kandidatur Weih überzeugen und nominierten ihn einstimmig als Kandidat für das Amt des Statthalters. Die SVP setzt beim Bezirksratsmitglied auf den bisherigen Ernst Meyer (Andelfingen), welcher im vergangenen Sommer als Nachfolger von Werner Schwendimann (Oberstammheim) in dieses Amt gewählt wurde. Er habe sich sehr rasch in das neue Amt eingelebt und eine interessante Aufgabe angetroffen, betonte Meyer. Als langjähriger Finanzvorstand von Andelfingen verfüge er über grundlegende Kenntnisse im Gemeinderechnungswesen, welches ihm die Prüfung der Gemeinderechnungen als eine der Aufgaben des Bezirksrates wesentlich erleichtert. Mit Meyer als Bezirksrat wird die Kontinuität des Bezirksrates gewährleistet, betonte Langhart abschliessend. Auch hier votierten die Delegierten einstimmig für die Nominierung von Meyer.

Langhart kündigte abschliessend an, dass im kommenden Herbst 2009 in Flaach und Berg am Irchel das traditionelle SVP-Schiessen stattfinden



Die SVP Bezirk Andelfingen hat Peter Weih (rechts) als Statthalter und Ernst Meyer als Bezirksrat nominiert.

wird. Doch vorerst prägen Abstimmungen den bevorstehenden Wahlkampf den Terminkalender. Bereits am 3. November findet in Andelfingen eine Veranstaltung zusammen mit der SP über die Abstimmungsvorlage «Harmos» statt und am 6. November lädt die Partei zum Politlunch nach Henggart ein.

### Wahlkampf ist lanciert

Aufgrund der Wahlvorschläge zeichnet sich um den Bezirksrat eine Kampfwahl ab. Für die FDP steigt aus Ober-

stammheim die Gemeinderätin Christa Zulliger ins Rennen und soll Karl Griesser ersetzen. Damit will die FDP ihren Sitz halten. Auch die SP Bezirk Andelfingen hat ihre Kandidaten bereits vorgeschlagen. Sie wollen mit Albert Wiss (Rheinau) eines der beiden Bezirksratsmandate erobern, während Walter Karrer (Andelfingen) als bisheriges Ersatzmitglied für eine dritte Kandidatur antritt. Werden beim Statthalter in den beiden Fristen keine zusätzlichen Wahlvorschläge eingereicht, so kann die Wahl still erfolgen.

### SVP RUSSIKON

## Traditionelle Herbstparty – auch 2008 ein voller Erfolg!

Kürzlich trafen sich Mitglieder, Freunde und Gäste der SVP Russikon im Schützenhaus Russikon zur traditionellen Herbstparty. Diese stand ganz im Zeichen der Schweizer Bauern, denn unser Ehrengast war Nationalrat Hansjörg Walter, Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes.

MARTIN KEZMANN  
AKTUAR  
SVP RUSSIKON

Bereits während dem von Parteimitglied Fritz Widmer offerierten Apéro fanden angeregte Gespräche statt. Präsident Hans Aeschlimann konnte den ebenfalls anwesenden Nationalrat Max Binder sowie zahlreiche Gäste begrüßen. Auch der Russiker Gemeindepräsident Eugen Wolf beehrte uns mit seiner Anwesenheit. Bezirkspräsident Walter Linsi, erfreulich viele Präsidenten unserer Nachbarsektionen mit ihren Partnerinnen, sowie weitere Parteigrößen waren der Einladung der SVP Russikon ebenfalls gefolgt.

Nach dem traditionellen Schinken und Kartoffelsalat lauschten die Anwesenden gespannt der Rede unseres Ehrengastes Hansjörg Walter zum Thema: «Landwirtschaftspolitik wohin?»

Er referierte vor teilweise fachkundigem Publikum über die Schweizerische Agrarpolitik, über die Wünsche unserer Bauern, ihre Kontingente zu behalten oder zu vergrössern. Er erklärte dem Publikum die Ansichten der WTO zum Welthandel, das Freihandelsabkommen mit der EU und die damit zusammenhängende Aufgabe an unsere Regierung, möglichst alles zu Gunsten unserer Bauern zu vertreten!

Nationalrat Hansjörg Walter stellte sich anschliessend den kritischen Fragen der anwesenden Gäste. Seine Antworten zeugten von grosser Sachkenntnis, Engagement und langjähriger politischer Erfahrung, sodass sich die Anwesenden schliesslich mit herzlichem Applaus für die Gastrede bedankten und ihm für sein Amt weiterhin viel Erfolg wünschten. Nationalrat Max Binder erklärte uns dann detailliert was an der letzten Fraktionssitzung, welche in den Medien viel zu reden gab, genau geschah und nicht, was aus der Presse zu vernehmen war.

Mit einem guten Tropfen und einem Blumenstraus für Frau Walter bedankte sich Präsident Hans Aeschlimann bei unserem Ehrengast.

Nach Kaffee und dem von einigen SVP-Frauen gespendeten reichhaltigen Dessert-Buffer beteiligten sich die Anwesenden am beliebten Lotto-Match. Die tollen Preise lockten zum Spiel. Der Abend fand dann einen gemütlichen Ausklang bei einem guten Glas Wein und interessanten Gesprächen.

### Statthalter, Staatsanwalt und Bezirksrat

Am 8. Februar werden der Statthalter, die beiden Bezirksräte sowie zwei Ersatzmitglieder für den Bezirksrat gewählt. Der Statthalter ist dabei im kleinsten Bezirk im Kanton Zürich zu 50 Prozent mit dieser Aufgabe beschäftigt und wird ausschliesslich nur für diese Aufgabe durch die Stimmbürger gewählt, während seine Wahl zur anderen Tätigkeit als Staatsanwalt durch die kantonalen Behörden erfolgt. Der Statthalter ist als Übertretungstrafbehörde tätig, erteilt Waffentragsscheine, übt die Aufsicht über die Feuerwehren und Gemeindepolizeien aus und präsidiert den Bezirksrat. Als Staatsanwalt ist er als Untersuchungsbehörde tätig, welche sich mit Vergehen und Verbrechen befasst. Der Bezirksrat ist erste Rekursinstanz gegen Entscheide von Gemeinden und übt zugleich auch die Aufsicht über die verschiedenen Gemeinden (Zivil- und politische Gemeinden, Schul- und Kirchgemeinden, Zweckverbände usw.) sowie Stiftungen aus. Zudem beschäftigt er sich mit umfassenden Fragen rund um das Vormundchaftswesen. Der Bezirksrat tagt jeweils in Dreierbesetzung. Ist eines der drei Mitglieder verhindert, muss eines der beiden Ersatzmitglieder einspringen.

### SVP BONSTETTEN

## HarmoS-Podium: Ist für Standards der Preis zu hoch?

Ob Bildungsstandards derart viel Qualitätsverbesserung für die Volksschule bringen, dass sich dafür demokratische Nachteile lohnen, darüber sind sich der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister und der Zürcher SVP-Kantonsrat Matthias Hauser uneins. Letzte Woche lud die SVP Bonstetten die beiden zum Streitgespräch.

HEINRICH AEBERLI  
SVP BONSTETTEN

HarmoS bringt mit Bildungsstandards Vergleichbarkeit. «Endlich kann man messen, welche Schulen und Lehrpersonen mit ihren Klassen die Standards erfüllen.» Gerhard Pfister befürwortet die Vorlage vor allem aus diesem Grund. Nur Qualität, die gemessen wird, kann auch objektiv angehoben werden. Pfister: «Die öffentliche Schule muss sich verbessern!» Und: «Die Harmonisierung ist durch den Bildungsartikel der Bundesverfassung vorgeschrieben. HarmoS ist nur die harmlose Konsequenz jener Abstimmung.» Nationalrat Pfister sprach sich damals gegen den Bildungsartikel in der Bundesverfassung aus.

Demgegenüber argumentierte Matthias Hauser mit der Katze im Sack:

«Wir haben noch keine Ahnung, wie die Standards werden, insbesondere die, welche Bedingungen für die Umsetzung im Unterricht umschreiben.» Er bemängelte, dass betreffend Lehrplan, Lehrmittel, Standards und neuen Zeugnissen («Portfolio»/Fichen) keine Mitbestimmung kantonalen Gremien vorgesehen ist. «Praktiker verlieren an Einfluss. Rechtlich verbindlich stimmt nur die Bildungsdirektorin darüber ab.» Initiativen, wie «Mundart im Kindergarten», seien mit HarmoS unmöglich, befürchtet Hauser. «Entscheidend für Schulqualität ist die Verantwortung der Lehrperson, und nicht deren Beschränkung durch nivellierende Vorgaben.»

Über den ganzen Abend gesehen waren sich die Referenten einig, dass einige Standards zur Harmonisierung Sinn machen. Andererseits wurde auch

der Demokratieverlust durch HarmoS beidseitig bestätigt. Uneinig waren sich die Referenten über das Mass. Für Sekundarlehrer Matthias Hauser ist der Preis zu hoch: «Wenn nach Luzern nun weitere Kantone HarmoS ablehnen, wird die EDK eine neue Vorlage erarbeiten, mit weniger Nebenwirkungen.» Für Gerhard Pfister, der ein privates Gymnasium leitet, sind hingegen einige der Nebenwirkungen wichtig: «Der frühe Schuleintritt erachte ich als sinnvoll. Ebenso, dass Kinder die Schulstufen in individuellem Tempo durchlaufen können.» Tagesstrukturen und Blockzeiten, ebenfalls von HarmoS verlangt, regelt bereits das Volksschulgesetz.

Die anschliessende Diskussion, vorab von jungen Eltern, ergab ein eher skeptisches bis ablehnendes Bild, auch wegen dem frühen Schuleintritt.

Dieselöl Benzin  
**HEIZÖLHAURI**  
Th. Hauri Brennstoffe AG  
Wehtalerstrasse 366 8046 Zürich  
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

# AHV und Renten gefährden?

ACHTUNG!  
Angriff der Linken!

Die AHV ist unser wichtigstes und sicherstes Sozialwerk – bis jetzt! Denn die Linken wollen die AHV ruinieren: Mit der AHV-Initiative der Linken wird das Rentenalter faktisch auf 62 Jahre gesenkt.

Aber aufgepasst: Sinkt das Rentenalter, müssen weniger Erwerbstätige mehr Renten finanzieren. Das kann nicht gut gehen!

### Die Folgen:

- Den Arbeitenden wird immer mehr Geld vom Lohn abgezogen. Ihnen bleibt immer weniger Geld zum Leben.
- Jährlich müssen zusätzlich 1,5 Milliarden Franken für AHV-Renten ausbezahlt werden.
- Die AHV hat weniger Geld. Sie gerät in die roten Zahlen und wird ruiniert.
- Die Renten sind nicht mehr sicher.

Darum:

# NEIN

zu der Initiative  
AHV-Alter senken

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, www.svp.ch  
Mit einer Spende auf PC PC 30-8828-5 unterstützen Sie das weitere Erscheinen dieses Inserat. Mit herzlichem Dank.



## EINE KLARSTELLUNG

# Der schweizerische Weg in der Weltfinanzkrise

Nachfolgend ist der stark gekürzte Vortrag von Christoph Blocher wiedergegeben, den er anlässlich einer öffentlichen Veranstaltung der SVP des Kantons Zürich, am letzten Samstag im Hotel Marriott in Zürich gehalten hat.



DR. CH. BLOCHER  
A. BUNDESRAT  
HERRLIBERG

Die Ursachen der jetzigen Finanzkrise sind zusammengefasst folgende: Ein weltweiter Übermut, wie er leider

in guten Tagen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft immer wieder vorkommt, hat zu Leichtsinns und Realitätsverlust geführt. Gravierende Managementfehler, die zusätzlich durch ein völlig verfehltes Bonussystem massiv begünstigt wurden, haben zu falschen, risikoreichen Entscheidungen geführt. Die staatliche Bankenaufsicht hat den Zweck nicht erreicht: Die Mängel wurden nicht früh genug erkannt. Banken sind so bedeutungsvoll geworden, dass man sie nicht mehr zugrunde gehen lassen kann, weil dabei die gesamte Volkswirtschaft, ja der gesamte Staat, in den Abgrund gerissen würde. Unsere Banken haben durch ihre Verflechtung mit riesigen Ausland-Engagements ein grosses staatliches Risiko geschaffen.

Fünf Gründe sind es also, die zur heutigen gefährlichen Situation führten. Hier haben Unternehmen und Politik anzusetzen und die nötigen Anpassungen vorzunehmen.

## Aktienrecht rasch behandeln

Massgebend für die Privatwirtschaft ist das Privateigentum. Eigentümer der Grossgesellschaften sind die Aktionäre. Heute ist das Eigentum der Aktionäre mangelhaft geschützt, darum sind solche übertriebenen Boni-Zahlungen möglich geworden. Im neuen Aktienrechtsentwurf, der noch an der letzten Bundesratssitzung, an der ich teilnahm, verabschiedet wurde, werden die Aktionärsrechte massiv gestärkt: Dies zum Schutz des Privateigentums, aber auch zur notwendigen Änderung des Bonussystems und gegen die unangemessene Höhe der Boni.

Die börsenkotierten Unternehmen werden somit verpflichtet, die Verwaltungsräte jährlich einzeln neu wählen zu lassen. So haben die Aktionäre, also die Eigentümer, die Möglichkeit, durch die Wahl oder Nicht-Wahl und unter voller Kenntnis aller Bezüge zu bestimmen, ob die Entschädigung der Verwaltungsräte deren Leistung entspricht. Ebenso sieht das neue Aktienrecht strengere Vorschriften bezüglich Rückzahlung unberechtigter übersetzter Bezüge vor.

Dieser Entwurf ist bis jetzt leider aus den Managerkreisen, aber auch von der FDP und der CVP bekämpft worden, nicht zuletzt wegen der Massnahmen im Bonusbereich. Ich hoffe, dass jetzt eine Meinungsänderung eintritt.

Das neue Aktienrecht ist sofort ungeschmälert zu verabschieden, damit die Situation verbessert werden kann.

## Bonussystem radikal ändern

Die Banken selbst haben ihr Bonussystem rasch und radikal zu ändern.

Nicht nur die Höhe der Bezüge, sondern das ganze System muss geändert werden. Für die Leistungserbringer sind angemessene Saläre zu bezahlen. Boni sind nur berechtigt, wenn durch besondere Leistungen besondere langfristige Ergebnisse erzielt werden. Bei Nicht-Erreichen der Leistungsziele gibt es keine Boni! Geradezu lächerlich sind die jetzt im Büsserton vorgebrachten Verzichte der deutschen Bankaufsichtsräte auf den Bonus 2008. Worauf verzichten sie eigentlich? Verzichten kann man ja nur auf etwas, worauf man einen rechtlichen Anspruch hat. Heisst das, dass der Bonus bereits Lohnbestandteil ist?

## Verwaltungsrat in die Pflicht nehmen

Die Funktion des Verwaltungsrates muss neu und konsequent überdacht werden. Dabei hat man zurückzugehen zu den klaren Verhältnissen des klassischen Unternehmertums. Der Verwaltungsrat ist der Vertreter der Eigentümer und übt für sie die unternehmerische Funktion im Unternehmen aus. Bei ungenügendem Geschäftsgang ist der Verwaltungsrat der erste, der für das gesamte Ergebnis verantwortlich ist, und er muss diese Verantwortung auch tragen. Wird er am Gewinn beteiligt durch Boni, so muss er auch am Verlust beteiligt sein.

## Risiko für den Staat beschränken

Der Gesetzgeber hat dafür zu sorgen, dass die Risiken, die die Schweizer Banken eingehen, beschränkt werden. Es ist unhaltbar, dass der Staat einzelnen Unternehmen helfen muss, weil diese zu risikoreiche Geschäfte im Ausland eingegangen sind. Dieses Problem ist jetzt dringend anzugehen und darf nicht wieder zur Seite geschoben werden. Notfalls ist dies durch eine Volksinitiative zu verlangen.

Für den schweizerischen Staat steht zurzeit die Bewältigung der Finanzkrise im Vordergrund. Es gilt, das Vertrauen in die Banken, in die Wirtschaft wieder herzustellen. Vertrauen kommt dann, wenn richtige Entscheide getroffen werden, wenn die Bürger und Bürgerinnen sehen, dass das Richtige getan und durchgesetzt wird.

Dies geschieht im Augenblick vor allem dadurch, dass die Schweiz im In- und Ausland zeigt, dass sie hinter den schweizerischen Banken steht, nachdem dies die anderen Staaten für ihre Banken bereits getan haben.

Dem Rettungspaket – wie es Nationalbank und Bundesrat vorlegen – ist darum zuzustimmen. Damit keine solchen Bankzusammenbrüche mehr entstehen, sind aber flankierende Massnahmen nötig.

## Was ist zu tun zur Bewältigung des Konjunkturrückganges?

### 1. Für Unternehmer

Generell gilt immer das gleiche Rezept. Ob in guten oder schlechten Ta-

gen: Kosten im Griff behalten, Innovationen und neue Produkte entwickeln und anbieten. Schlechte Zeiten sind die innovativsten, weil man sich in diesen Zeiten auf die erfolgsentscheidendsten Produkte konzentrieren muss.

### 2. Staatsausgaben senken

Gerade in schlechten wirtschaftlichen Zeiten ist es von grösster Bedeutung, dass der Staat die Bürger, die Konsumenten stärkt. Die Staatsausgaben sind zu senken, damit die Steuern und Abgaben gesenkt werden können. Das stärkt die Konjunktur.

Nur keine Staatsausgaben aus Konjunkturgründen! Diese schwächen die Steuerzahler. Die geplanten bescheidenen Ausgabenreduzierungsprogramme sind mindestens durchzuführen. Dass nun bereits auch bürgerliche Parteien die Chance wittern, all diese bescheidenen Ausgabenreduzierungspläne über den Haufen zu werfen, ist unverantwortlich.

### 3. Steuern und Abgaben senken

Jetzt ist es besonders wichtig, die Gebühren, Abgaben und Steuern zu senken. Das bringt dem Bürger wieder Möglichkeiten, zu investieren, zu kaufen und sich konjunkturgerecht zu verhalten.

Stärkung der Bürger, Stärkung der Konsumenten gibt Vertrauen in die Wirtschaft und in den Staat.

- Die kalte Progression muss verschwinden.

- Die SVP fordert dringlich eine Mehrwertsteuersenkung von 1 Prozent. Das bringt Kaufkraft, verbessert die Kosten in den Betrieben und dämpft eine befürchtete Inflation.

- Da dies erst 2009 greift, ist als Sofortmassnahme von den Überschüssen des Jahres 2008 an alle Bürger auf Ende Jahr ein Beitrag von 500 Franken auszahlend, wie dies Nationalrat Toni Brunner vorschlägt. Das gibt den Konsumenten Kaufkraft.

- Wichtig ist, dass die wettbewerbsverzerrenden Steuern verschwinden. So sind die Emissionsabgaben abzuschaffen.

- Die Mehrwertsteuererhöhung für die IV, wie sie im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen wird, ist abzulehnen.

### 4. Fehlbeschlüsse sind rückgängig zu machen

Viel Unsinn, der in den letzten Jahren beschlossen worden ist, ist rückgängig zu machen – vor allem im ganzen Umweltschutz-, Energie- und Regulierungsbereich, aber auch im öffentlichen Verkehr.

### 5. Strompreise nicht erhöhen

Die verfehlte Gesetzgebung betreffend die sogenannte Stromliberalisierung – die gar keine Liberalisierung ist – ist zu sistieren und rückgängig zu machen. Die massiven Strompreiserhöhungen darf es nicht geben. Der Vorschlag von Bundesrat Leuenberger für eine Verordnungsänderung geht zu wenig weit.

### 6. Migrationsprobleme lösen

Den Problemen der Migration, die sich in Zeiten schwacher Wirtschaft verstärken werden, ist volle Aufmerksamkeit zu schenken.

Die jetzt schon stark gestiegenen Zugänge im Asylbereich sind entschieden zu bekämpfen, da kann man nicht einfach nur nach neuen Unterkünften suchen. Der Bundesrat hat zu führen, statt das Geschehene nachzuvollziehen.

Es ist unverständlich, dass der Bundesrat im Juli dieses Jahres auf das

Recht verzichtet hat, die Ausländerquoten betr. den alten EU-Staaten wieder einzuführen. Noch im Juli glaubte er, die Hochkonjunktur gehe dauernd weiter!

Die Schweiz muss mit den Folgen der Personenfreizügigkeit in schlechter Wirtschaftslage noch fertig werden. Sie hat noch keine Erfahrung damit, weil diese erst seit etwas mehr als einem Jahr für einige EU-Länder in Kraft ist. Jeder, der ein Jahr in der Schweiz gearbeitet hat, hat Anspruch auf bis zu fünf Jahre staatlicher Sozialleistungen. Der Bundesrat hat sich auf den schlechtesten Fall vorzubereiten!

In hochkonjunkturellem Übermut und in Verachtung des Stimmbürgers und der Demokratie hat das Parlament mit wohlwollender Begleitung durch den Bundesrat die Unverschämtheit begangen, die zwei getrennten Vorlagen – Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den alten Staaten und die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien – in ein einziges «Päckli» zusammenzufassen. Die Stimmabgabe ist deshalb unverfälscht nicht mehr möglich. Am liebsten würde man der Urne fernbleiben! Das ist aber für den Schweizer auch keine Möglichkeit. Also wird man das am wenigsten Falsche tun müssen, weil das Parlament unter Führung der SP, den Grünen und der CVP das Richtige verunmöglicht! Das am wenigsten Falsche ist die Ablehnung der Personenfreizügigkeitsvorlage! Also ist im Februar 2009 Nein zu sagen zur Personenfreizügigkeit.

### 7. Keinesfalls ein EU-Beitritt

Die jetzige Finanzkrise zeigt, dass die Schweiz keinesfalls der EU beitreten darf! Wäre die Schweiz in der EU, hätte sie z.B. keine handlungsfähige Nationalbank mehr! Weil die EU-Staaten keine eigenen Nationalbanken mehr haben, müssen sie zur Zeit selber Milliardenverpflichtungen eingehen, und zwar aus leeren Staatskassen! Beeindruckt von der Peitschendrohung des deutschen Finanzministers und ohne jegliches Verständnis für die Zusammenhänge ruft die SP bereits wieder zum EU-Beitritt auf! Und die CVP – wie könnte es anders sein – verabschiedet verkleusulierte EU-Beitritts-Resolutionen.

### 8. Nationalbank stärken

Die Schweizer Nationalbank ist im Gegenteil zu stärken. Die Währungsreserven sind zu erhöhen, um die Handlungsfähigkeit in Krisensituationen zu vergrössern.

### 9. Bankgeheimnis in die Verfassung

Da der Druck von ausländischen Bankplätzen zunehmen wird, ist das Bankkundengeheimnis in der Verfassung zu verankern.

### Es geht nicht nur abwärts, sondern immer auch wieder aufwärts!

Krise kommt vom griechischen Wort «crisis». Das heisst «Umbruch». Krisensituationen sind unangenehm, weil man Schwierigkeiten in Kauf nehmen muss, um die Probleme zu lösen. Es gibt nichts anderes, als zu den einfachen Lebensbedingungen zurückzukehren. Der Größenrausch und der übersteigerte Optimismus ist abzulegen: in den Unternehmen, in der Politik und in der Gesellschaft. Es gilt rückgängig zu machen, was man in der Hochstimmung der Hochkonjunktur hätte unterlassen und durchsetzen, was man längst hätte tun sollen. Das schafft Vertrauen – in Unternehmen und in der Politik.

Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingt. Merken Sie sich: Es geht nicht nur abwärts, sondern immer auch wieder aufwärts!

VOLKSABSTIMMUNG  
VOM 30. NOVEMBER 2008

## Schluss mit der Schuldenwirtschaft!

Am Mittwoch hat das überparteiliche Komitee «Für eine nachhaltige Finanzpolitik» seine Argumente für die Annahme der Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder» vorgestellt.

KGV. Der Kanton Zürich ist der Wirtschaftsmotor unseres Landes. Leider aber betreibt er eine wenig nachhaltige Finanzpolitik. Dies belegen auch die neusten Zahlen der Finanzplanung des Kantons: Die Ausgaben wachsen deutlich schneller als die Einnahmen. Das Resultat ist eine immer grössere Verschuldung zu Lasten unserer Kinder. Selbst den Erlös von 1600 Millionen Franken aus dem Verkauf der Goldreserven der Nationalbank hat der Zürcher Regierungsrat 2005 einfach als «normalen» Ertrag in der laufenden Rechnung verbucht, statt die Schulden damit zu reduzieren. Damit wurde die dringend nötige Sanierung des Finanzhaushaltes umgangen. Der ausserordentliche Ertrag ist mittlerweile durch den Konsum aufgebraucht.

Hier setzt die Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder» an: Ausserordentliche Erträge aus der Privatisierung von Staatsbetrieben und Ausschüttungen der Nationalbank müssen künftig zum Schuldenabbau eingesetzt werden. Diese Sondererträge können so nicht mehr für den mittelfristigen Ausgleich der Kantonsrechnung und für die Finanzierung der laufenden Ausgaben herangezogen werden. Der Kanton ist wieder gezwungen, Ausgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht zu bringen. So wie es sich für eine gesunde Kantonsrechnung gehört. Nur ein gesunder Staatshaushalt ermöglicht Wirtschaftswachstum, tiefe Steuern, nachhaltige Investitionen und Entfaltungschancen für nachfolgende Generationen. Gerade die aktuelle Wirtschaftslage zeigt, wie wichtig stabile, zuverlässige Rahmenbedingungen und ein gesunder Finanzhaushalt sind. Nur so schaffen wir Wohlstand für alle.

Zur Unterstützung dieser Anliegen hat sich das überparteiliche Komitee «für eine nachhaltige Finanzpolitik» gebildet. Dem Komitee gehören Vertreter des Zürcher Gewerbeverbandes, des Zürcher Bauernverbandes sowie verschiedenste Parlamentarier aus den Reihen der SVP, FDP, der Grünliberalen Partei sowie anderer Parteien an. Auch der Bund der Steuerzahler unterstützt dieses Volksbegehren.

Mehr Informationen auf:  
[www.weniger-schulden.ch](http://www.weniger-schulden.ch)

## Grossandrang im Hotel Marriott

Die Veranstaltung vom Samstag war ein voller Erfolg. Über 700 Personen besuchten unseren Anlass. Leider konnte aus Platzgründen zahlreichen Interessenten der Einlass nicht gewährt werden. Wir möchten uns bei diesen entschuldigen. Wir bitten die Leser des «Zürcher Boten» / «Zürcher Bauern», bei Veranstaltungen frühzeitig vor Ort zu sein, damit Sie einen garantierten Sitzplatz haben. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Gerne machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Sie die Rede auf [www.blocher.ch](http://www.blocher.ch) als Film anschauen können. Selbstverständlich können Sie die Rede auch auf [www.svp-zuerich.ch](http://www.svp-zuerich.ch) herunterladen oder beim Parteisekretariat anfordern:

SVP des Kantons Zürich, Nüscherstrasse 35, 8001 Zürich  
Telefon 044 217 77 66, Fax 044 217 77 65, E-Mail: [sekretariat@svp-zuerich.ch](mailto:sekretariat@svp-zuerich.ch).

**Mehr Geld zum Leben**

**Ja**

zur Volksinitiative gegen Schuldenwirtschaft

Überparteiliches Komitee  
-Für eine nachhaltige Finanzpolitik-

## Fadegrad

## Wozu Gebühren zahlen?



VON ROLF A. SIEGENTHALER

Vor gut 25 Jahren begann die Entwicklung in der Schweizer Radio- und Fernsehlandschaft hin zu mehr Vielfalt. Es war der Radiopionier Roger Schawinski, der vom Pizzo Groppera aus die Stadtzücher mit dem ersten zeitgemässen Radioprogramm versorgte. Radio 24 war so erfolgreich, dass sich der Bund der neuen Medienbewegung nicht entziehen konnte. «Wenn Du sie nicht schlagen kannst, verleibe sie dir ein» heisst eine militärische Weisheit. So wurden die neuen wilden Stationen domestiziert. Sie erhielten Konzessionen und wurden sogar aus dem bisher streng gehüteten Gebührentopf der Schweizer Radio- und Fernsehgesellschaft SRG entschädigt. Jetzt, nach 25 Jahren, wurden die Konzessionen neu verteilt. Das UVEK von Bundesrat Leuenberger beurteilte die Bewerber. Das Resultat ist aus Stadtzürcher Sicht ernüchternd. Radio Energy mit 60 Mitarbeitern soll seine Konzession verlieren und trägt sich jetzt sogar mit dem Gedanken, in die Illegalität zu gehen. Wie weiland Roger der Grosse aus Italien, soll diesmal aus Frankreich in den Grossraum Zürich gesendet werden. Tele Züri, die wahre Alternative zu SF DRS, soll seine Konzession ebenfalls verwirkt haben. Tele Top aus Winterthur erhielt den Zuschlag. Gründe: nebulöschleierhaft. Das Gefälle zwischen Tele Top und Tele Züri ist etwa so gross, wie wenn Sie Enrico Caruso auf einem Grammophon bei 78 Umdrehungen hören und mit einem Liveauftritt von Pavarotti in der Scala Mailand vergleichen. Das eine ist schrill, das andere klingt, wie es muss. Wieder einmal wird uns bewusst, was passiert, wenn sich der Staat in Dinge einmischt, die ihn eigentlich nichts angehen sollten. Leider geht es um die Verteilung von Frequenzen. Weil die rar sind, braucht es die ordnende Hand der Obrigkeit und weil diese nicht willkürlich handeln darf, muss sie nachvollziehbare Kriterien beiziehen. Nur: Warum muss Tele Züri vom Äther, wenn SF DRS und die italienisch- und französischsprachigen Schweizer Programme schon mehr als die Hälfte der verfügbaren Frequenzbänder belegen? Warum bezahlen wir eigentlich Gebühren, wenn wir diejenigen Sender, die wir wirklich sehen wollen, nur noch über Kabel erhalten? Für uns als politische Partei ist es entscheidend, ob wir einen Sender wie Tele Züri zur Verfügung haben, der aktuell und bürgernah über die Vorgänge in unserer Stadt berichtet und der uns zu Wort kommen lässt! Deshalb ist es zwingend, dass der Sender in Zürich steht. Wo sollte er denn sonst sein, als in der grössten Stadt der Schweiz? Ich mag es Tele Top ja gönnen, dass auch das Winterthurer Agglo-Senderlein nun so richtig bei den Grossen mitmachen darf. Dass aber gleichzeitig der wichtigste Sender der Deutschschweiz neben SF DRS keine Frequenz und keine Gebührengelder mehr erhalten soll, ist schwer verständlich. Wozu zahlen wir eigentlich Gebühren?

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Das grosse Schweigen der Linken

Am Mittwochabend waren vornehmlich Geschäfte aus dem Sozial- und Schulbereich traktandiert. Auffällig genug dabei das Schweigen der Linken. Kaum eine Wortmeldung aus dieser Ecke, man gab sich bedeckt. Was mögen wohl die Gründe gewesen sein? Man ist auf Spekulationen angewiesen. Tatsache ist aber, dass die meisten Geschäfte ihre Ursprünge noch in der Ära Stocker hatten und selbst die Linke vor den erdrückenden Tatsachen der Missstände die Augen nicht mehr verschliessen kann und den Argumenten der SVP bei Lichte betrachtet in diesen Themen nichts mehr entgegenzusetzen hat.



BRUNO AMACKER  
GEMEINDERAT SVP  
ZÜRICH 6

Vorab geisselte unser Fraktionschef Mauro Tuena mit scharfen Worten die Arroganz des Stadtpräsidenten, welcher sich über den klaren Willen des Parlaments, die «Fachstelle für Aussenbeziehungen» (wozu immer es das in einer Stadt wie Zürich auch brauchen mag ...) nicht zu schaffen und finanzieren, hinwegsetzte und diese trotzdem installierte. Obs in Zukunft unter neuer Leitung besser gehen wird? Man darf gespannt sein. Im Übrigen: Schweigen auf der Linken.

## Halbabinenz verdient keine Unterstützung

Beim ersten Sachthema ging es um die Frage, ob die Stadt einen Verein drogenabhängiger Eltern finanziell unterstützen soll. Kein grundsätzlich schlechter Ansatz, wie unsere engagierte Sozialpolitikerin Hedy Schlatter ausführte. Doch habe sich in letzter Zeit herausgestellt, dass dieser offenbar nicht mehr die Abstinenz der Drogenabhängigen zum Ziel hat, sondern vielmehr eine Nähe zu Kreisen, welche sich für einen «risikoarmen Umgang mit Drogen» einsetzen, suchen, was nichts anderes heisst, als dass offenbar nicht mehr die Abstinenz das oberste Ziel ist, sondern – ein zwar risikoarmer aber doch immerhin – Umgang mit Drogen toleriert wird. Dies widerspricht fundamental den Grundsätzen der Drogenpolitik der SVP und eine Unterstützung kann deshalb für uns nicht mehr in Frage kommen. Auf der linken Ratshälfte kam es zu keinen Diskussionen.

## Interkulturelle Bibliothek auf Abwegen

Nächster finanzieller Bittsteller aus der soziokulturellen Szene war die «Interkulturelle Bibliothek KANZBI». Auch hier hat die SVP eine differenzierte und fortschrittliche Position, welche – in gewohnt sachlicher und engagierter Manier – unser Bildungs- und Sportpolitiker Guido Bergmaier erläuterte. Zwar ist der beabsichtigte Zweck dieser Bibliothek, fremdsprachigen Kindern die Möglichkeit zu geben, Bücher auszuleihen und damit ihre Sprachkompetenz und Integration zu fördern, durchaus zu begrüssen. Doch plant diese KANZBI, wie manch anderes Sozialprojekt auch, einen aufwändigen Ausbau seiner Aufgaben und Angebote. So soll Geld für Kurse gesprochen werden, in denen Kindern Computerunterricht erteilt werden soll, sie das Versenden von SMS und MMS lernen, Videos drehen und Filme anschauen. Damit entferne sich die Bibliothek aber von ihren ursprünglichen Aufgaben und es sei nun wirklich nicht Aufgabe des Staates, ausländischen Kindern diese Fähigkeiten zu vermitteln, dies erst recht deshalb nicht, weil sich Kinder erfahrungsgemäss solche Kenntnisse selbst sehr schnell anler-

nen. Aufgabe der Schule und von Bibliotheken sei es den Kindern das Lesen und Schreiben beizubringen und das Interesse und die Kenntnisse darin zu fördern. Für anderes kann die SVP kein Geld sprechen. Auf der linken Ratsseite, man ahnt es schon, Schweigen.

## Irrsinnige externe Gutachten

Schliesslich war ein unsäglicher Bericht mit dem Titel «Das Soziale rentiert», welchen die damalige Sozialvorsteherin in Auftrag gegeben hat, um zu beweisen, halten sie sich fest, dass die Sozialhilfe rentiere und für unsere Gesellschaft profitabel sei, zu behandeln. Für den Schreibenden war die Aufgabe zu einem derart unsinnigen, kaum nachvollziehbaren und abstrusen Bericht Stellung zu nehmen gar nicht so einfach. Was soll man dazu auch sagen? Wäre dem tatsächlich so, dass das Sozialwesen rentiert, ja dann, so muss man sich fragen, wieso kündigen wir denn nicht alle unsere Stelle und werden fürsorgeabhängig, denn damit würde sich, so immer gemäss den im Bericht verbreiteten Theorien, die Rentabilität steigern.

Mehr gab es inhaltlich nicht zu sagen, der Bericht qualifiziert sich selbst (ab).

Doch der Anlass schien genau der Richtige, um ein generelles Problem der Exekutive zur Sprache zu bringen, nämlich die aus der Privatwirtschaft übernommene Unsitte fürschwacher und ängstlicher Kaderleute, bei anstehenden Problemstellungen ein externes Gutachten oder einen Bericht einer «neutralen» Stelle in Auftrag zu geben. Ist dieser erst einmal fabriziert, so kann sich der betreffende schön hinter diesem verstecken, vorgeben, sorgfältig gehandelt und fundiert vorgegangen zu sein. Geht was schief, so lässt sich locker auf den Bericht verweisen und die Schuld mit Verweis auf die namhaften Experten und die anerkannte Meinung Dritter ebenso locker von sich weisen. Ein Zeichen von Schwäche, jedenfalls nicht das, was wir von einem Politiker erwarten.

Es ist nun an der Zeit, mit diesen externen Berichten von (meist selbst ernannten) Experten aufzuhören, schliesslich sind die Politiker gewählt, um selbst zu entscheiden und nicht ständig die Verantwortung auf Dritte zu schieben und andere für sich arbeiten zu lassen. Falls trotzdem ausnahmsweise Expertenrat notwendig wird, so muss die Vergabepraxis für Berichte und Gutachten völlig umgestaltet werden, etwa indem der Stadtrat den Auftrag klar definiert, die Auswahl des Gutachters aber von einer dritten Stelle vorgenommen wird, beispielsweise von der Aufsichtsbehörde.

Nun, diese, so wie ich meine nicht nur sachliche, sondern gut gemeinte Kritik, mündete in einer gehörigen Pracht verbaler Prügel in Form von persönlichen Anfeindungen. Immerhin: Das linke Schweigen für den Abend war gebrochen.

## SVP der Stadt Zürich

## Ausserordentliche Delegiertenversammlung:

Kandidaten-Nomination zur Stadtrats- und Stadtpräsidenten-Ersatzwahl vom 8. Februar 2009

Donnerstag, 11. Dezember 2008

## Parolen zur Volksabstimmung vom 30. November 2008

## Städtische Vorlagen

Ergänzung der Gemeindeordnung, Verankerung der Nachhaltigkeit und der 2000-Watt-Gesellschaft

NEIN

Baulinienvorlage Gleisfeld Neufrankengasse zwischen der Lang- und Hohlstrasse, Zürich-Aussersihl, Festsetzung

NEIN

Teilrevision Nutzungsplan, Zonenplanänderung im Bereich Kronenwiese, Zürich-Unterstrass

JA

Teilrevision Nutzungsplan, Zonenplanänderung Zollfreilager-Areal Flurstrasse/Rautistrasse, Zürich-Albisrieden

JA

## DELEGIERTENVERSAMMLUNG

## Nein zur 2000-Watt-Gesellschaft

Die Delegiertenversammlung vom 30. Oktober 2008 war gekennzeichnet durch einen Grossaufmarsch an Delegierten und Gästen. Zügig konnten die Parolen zu den städtischen Vorlagen zum Urnengang vom 30. November 2008 gefasst werden



BRUNO SIDLER  
GEMEINDERAT SVP  
ZÜRICH 11

Im Mai 2006 reichten die Grünen eine Initiative ein mit dem Titel «Umweltschutz konkret». Dem Stadtrat waren die Forderungen angeblich zu weit gehend und er unterbreitete dem Gemeinderat einen abgeschwächten Gegenvorschlag mit der Begründung, die Anliegen der Initianten seien schon nahezu erfüllt. Die genaue Betrachtung des Gegenvorschlags zeigt aber, dass wichtige, von der SVP nicht akzeptierbare Massnahmen auch beim Stadtrats-Vorschlag stehen geblieben sind. Dieser verlangt klar die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft. Das heisst im Klartext, der Energiebedarf pro Einwohner und Jahr muss künftig in der Stadt Zürich auf 2000 Watt beschränkt werden. Gleichzeitig soll die Stadt Zürich auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernenergieanlagen verzichten. Die Stadt soll also nur noch so genannten «guten» Strom verbrauchen aus alternativer Produktion, also ein klares Nein zur Kernenergie. Die gleichen linken «Gut-Strom»-Menschen sind aber auch gegen den Ausbau und die verstärkte Förderung der sauberen Wasserkraft für die Stromproduktion. Zudem wird verlangt, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoss auf eine Tonne pro Einwohner und Jahr gesenkt werden muss. Die Forderung all dieser unrealistischen, wirtschafts- und lebensfeindlichen Radikal-Massnahmen haben die Delegierten überzeugt, zu dieser Vorlage einstimmig Nein zu sagen.

## Eindeutige Parolenfassungen

Eine nächste Vorlage betrifft die Neu-

festsetzung der Baulinie Gleisfeld Neufrankengasse zwischen der Hohl und der Langstrasse. Hauptgrund für die Änderung der Baulinie ist die Schaffung von planerischen Voraussetzungen zum Errichten einer dereinst in fernen Jahren geplanten Verwirklichung der «Tramlinie 1». Dies hätte aber zur Folge, dass durch das Quartier eine trennende «Schneise» geschlagen würde und zudem Häuser abgebrochen werden müssten, in denen für das Quartier wichtige Gewerbebetriebe angesiedelt sind. Auch zu dieser Vorlage fassten die Delegierten die einstimmige Nein-Parole.

Zwei Vorlagen betreffen Zonenplan-Änderungen. Der Gestaltungsplan für das Areal des ehemaligen Zollfreilagers an der Flur-/Rautistrasse soll eine Umnutzung auch als Wohngebiet ermöglichen. Von links wurde das Referendum ergriffen, weil das Areal für genossenschaftlichen Wohnungsbau genutzt werden soll. Die SVP ist dagegen und unterstützt die Vorlage des Stadtrates, was die Delegierten mit der klaren Ja-Parole bestätigten.

Das Areal Kronenwiese im Kreis 6 war bisher für den Kanton reserviert zur Erstellung einer Dreifachturnhalle für die Berufsschule. Der Kanton braucht diesen Standort nicht mehr. Nach dem Wegfall dieses Nutzungsbedarfs will die Stadt das ganze Areal für den Wohnungsbau verwenden. Die SVP ist von dieser Nutzungsänderung überzeugt, die Delegierten fassten dazu die klare Ja-Parole.

Die vorgängig zur Delegiertenversammlung durchgeführte Vorstandssitzung wählte zwei neue Vorstandsmitglieder. Es sind dies Roland Scheck, Mitglied der SVP Zürich 3, und Roland Schmid, Mitglied der SVP Zürich 1/2.



Standaktion im Kreis 2  
beim Café Mandarin

Samstag, 8. November 2008  
9.30 bis 11.30 Uhr

Wir verteilen Äpfel aus dem Zürcher Oberland, gespendet von Hedy Schlatter, Gemeinderätin Kreis 1 und 2!

Wir stellen uns vor, sammeln Unterschriften und diskutieren mit dem Publikum über die Abstimmungen am 30. November 2008.

Besuchen Sie uns! Wir freuen uns auf Sie!

Es laden Sie herzlich ein:  
Hedy Schlatter, Gemeinderätin Kreis 1/2  
Margrit Haller, Präsidentin Frauengruppe

www.frauen-svp-stadt-zuerich.ch



**Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher**

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf [www.teleblocher.ch](http://www.teleblocher.ch) übertragen.

**SVP-KANTONSRAATSFRAKTION****Kantonsrat / Fraktion**

Montag, 10. November 2008, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Schmiden.

**SVP-VERANSTALTUNGEN****Bezirk Affoltern / Hausen am Albis**

Montag, 10. November 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Schöneegg, Hausen am Albis, Vorstandssitzung und Stammtisch.

Montag, 1. Dezember 2008, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum, Dorfstrasse 8, Ebertswil, Parteiversammlung und Chlaushock.

**Bezirk Affoltern / Obfelden**

Freitag, 7. November 2008, 20.00 Uhr, Singsaal, Schulhaus Chilefeld, Obfelden, SVP-Salamijass. Auch für Nichtjasser leicht verständliche Jassregeln. Keine Anmeldung erforderlich. Attraktive, teilweise einheimische Naturalpreise. Wir freuen uns auf eine grosse Beteiligung.

**Bezirk Andelfingen / Feuerthalen**

Mittwoch, 12. November 2008, 20.00 Uhr, Katholisches Kirchenzentrum St. Leonard, Forbühlstrasse, Feuerthalen, überparteiliche Veranstaltung zur «HarmoS»-Abstimmung. Referenten: Pro: Kantonsrat Markus Späth-Walter, Feuerthalen (SP), contra: Kantonsrat Matthias Hauser, Hüntwangen (SVP). Es laden ein: SVP, CVP, FDP und SP.

**Bezirk Bülach / Bassersdorf**

Samstag, 8. November 2008, 10.00–14.00 Uhr, vor der Migros, Bassersdorf, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

**Bezirk Bülach / Bülach**

Samstag, 8. November 2008, 9.30–12.00 Uhr, beim Rathaus/Stadtbrunnen, Bülach, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

**Bezirk Bülach / SVP, SP, Grüne und EDU**

Donnerstag, 13. November 2008, 20.00 Uhr, Hotel zum Goldenen Kopf, Bülach, Streitgespräch zu «HarmoS»: Geht die Schul-Harmonisierung zu weit? Mit Standards die Schulqualität sichern oder Kinder entelnen und Kindheit verstaatlichen? Pro: Kantonsrat Markus Späth (SP), Kantonsrätin Susanne Rihs (Grüne). Kontra: Kantonsrat Michael Welz (EDU) und Kantonsrat Matthias Hauser (SVP). Gesprächsleitung: Florian Schmid, Politikwissenschaftler.

**Bezirk Dielsdorf / Niederhasli**

Samstag, 15. November 2008, 19.30 Uhr (Apéro), im Zivilgemeindefestsaal, Oberhasli, Martinihall. Grillieren in höchster Perfektion mit dem Gastronom «Maier Grill» und unter Mithilfe des SVP-Vorstands. Die Kosten betragen pro teilnehmende Person 50 Franken. Prof. Dr. Christoph Mörgele, erfolgreicher Nationalrat und engagierter SVP'ler, konnte der Vorstand als Gast gewinnen. Er wird im Laufe des Abends einen interessanten Einblick über sein Wirken in der Politik geben. Anmeldung bis spätestens Montag, 10. November 2008, an Philippe Chappuis, Lindenstrasse 7, 8155 Niederhasli, Tel. 044 850 31 41, Fax 044 850 30 54 oder per E-mail: philippe.chappuis@bluewin.ch (Angabe Anzahl Teilnehmer nicht vergessen).

chappuis@bluewin.ch (Angabe Anzahl Teilnehmer nicht vergessen).

**Bezirk Dielsdorf / Oberglatt**

Samstag, 15. November 2008, 10.00–15.00 Uhr, vor dem Volg, Oberglatt, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

**Bezirk Dielsdorf / Rümlang**

Dienstag, 11. November 2008, 11.11–22.00 Uhr, Martinimarkt, auf dem Gemeindehausplatz, Rümlang, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

**Bezirk Dielsdorf / SVP und SP**

Dienstag, 11. November 2008, 19.30 Uhr, Mehrzweckraum, Schulhaus Rietlen 4, Niederglatt, Podiumsdiskussion zur Volksabstimmung vom 30. November 2008 «HarmoS (Bildungsartikel in der Verfassung): Ist die angestrebte Harmonisierung der Volksschule richtig oder falsch?». Einleitungsreferat: Hanspeter Amstutz, Bildungsrat, EVP, Fehrltorf. Pro: Marcel Burlet, Kantonsrat SP, Sekundarlehrer, Watt und Daniel Frei, Generalsekretär SP, Kanton Zürich, Schulpfleger, Niederhasli. Kontra: Samuel Ramseyer, Kantonsrat SVP, Präsident Bildungskommission des Kantonsrats, Niederglatt und Matthias Hauser, Kantonsrat SVP, Sekundarlehrer, Hüntwangen. Gesprächsleitung: Dominique Marti, Redaktorin «Zürcher Unterländer». Organisation: SVP Niederglatt.

**Bezirk Dietikon**

Donnerstag, 13. November 2008, 20.00 Uhr, Gemeinderatssaal, Dietikon, Informationsveranstaltung «HarmoS». Gesprächsteilnehmer: Pro: Kantonsrätin Brigitta Jöhner, Mitglied Bildungskommission des Kantons Zürich und Gaudenz Buchli, Schulpräsident Dietikon. Contra: Kantonsrat Samuel Ramseyer, Präsident Bildungskommission des Kantons Zürich und Jules Fickler, Präsident Zürcher Mittelstufenkonferenz (ZKM). Gesprächsleiter: Daniel Winter, Chefredaktor Limmattaler Zeitung LiZ. Organisation: Gemeinderätin Trudi Frey, SVP.

**Bezirk Horgen / Horgen**

Samstag, 15. November 2008, 11.00–14.00 Uhr, Dorfplatz, Horgen, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

**Bezirk Meilen / Küsnacht**

Donnerstag, 20. November 2008, 19.30 Uhr, Restaurant KEK (Säli), Küsnacht, Parteiversammlung mit anschließender politischer Standortbestimmung durch Nationalrat Hans Fehr. Freitag, 12. Dezember 2008, 19.00 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht, Parteiversammlung/Jahresausklang. Anmeldung bis Donnerstag, 20. November 2008 an Werner Furrer, Dorfstrasse 16, 8700 Küsnacht, E-Mail: wfurrer8@ggaweb.ch oder an der Parteiversammlung vom 20. November 2008.

**Bezirk Meilen / Meilen**

Samstag, 15. November 2008, 10.00–12.00 Uhr, vor dem Landi Dorf, Meilen, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008. Anwesend ist u.a. Nationalrat Ernst Schibli.

Freitag, 12. Dezember 2008, 19.00 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht, Parteiversammlung/Jahresausklang. Anmeldung bis Donnerstag, 20. November 2008 an Werner Furrer, Dorfstrasse 16, 8700 Küsnacht, E-Mail: wfurrer8@ggaweb.ch oder an der Parteiversammlung vom 20. November 2008.

**Bezirk Meilen / Meilen**

Samstag, 15. November 2008, 10.00–12.00 Uhr, vor dem Landi Dorf, Meilen, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008. Anwesend ist u.a. Nationalrat Ernst Schibli.

**Bezirk Pfäffikon / Fehrltorf**

Samstag, 15. November 2008, 9.00–12.00 Uhr, vor Coop, Fehrltorf, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

**Bezirk Pfäffikon / Russikon**

Samstag, 8. November 2008, 9.00–11.00 Uhr, bei der Wertstoff-Sammelstelle, Russikon, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008. Anwesend ist u.a. Nationalrat Hans Rutschmann.

Mittwoch, 12. November 2008, 19.30–21.30 Uhr, Haus «Stiftung zur Palme», Pfäffikon (zirka 3 Minuten vom Bahnhof), Podiumsdiskussion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008 mit Kantonsrätinnen und Kantonsräten von SVP, FDP, Grüne, EVP und SP des Bezirks Pfäffikon. Moderation: Anna E. Guhl, Redaktorin Zürcher Oberländer.

Dienstag, 18. November 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Krone, Russikon, Parteiversammlung.

**Bezirk Uster / Egg**

Samstag, 8. November 2008, 8.30–11.30 Uhr, Dorfplatz, Egg (zwischen Volg und Post), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008. Anwesend sind u.a. Nationalrätin Natalie Rickli und Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgele.

Mittwoch, 12. November 2008, 20.00 Uhr, Restaurant Grüti, Hinteregg, Mitgliederversammlung zum Gemeindebudget/Steuerfuss und zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008. Gastreferent: a Kantons- und Bildungsrat Oskar Bachmann.

Samstag, 15. November 2008, 8.30–11.30 Uhr, Dorfplatz, Egg (zwischen Volg und Post), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008. Anwesend ist u.a. Nationalrat Alfred Heer.

**Bezirk Uster / Uster**

Samstag, 8. November 2008, 10.00–12.00 Uhr, Weberstrasse, Uster, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

**Bezirk Winterthur / Elgg**

Samstag, 8. November 2008, 9.00–11.00 Uhr, Kirchgasse, Elgg, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

**Bezirk Winterthur / Seuzach**

Samstag, 8. November 2008, 9.00–11.30 Uhr, beim Volg und der Post, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

**Junge SVP Winterthur**

Samstag, 8. November 2008, 9.15 Uhr, beim PKZ, Winterthur Altstadt, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Samstag, 15. November 2008, 9.15 Uhr, beim PKZ, Winterthur Altstadt, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008. Anwesend ist u.a. Gregor A Rutz.

Samstag, 22. November 2008, 9.15 Uhr, beim PKZ, Winterthur Altstadt, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

**Stadt Zürich / Kreis 6**

Samstag, 8. November 2008, 9.30–11.00 Uhr, Rigiplatz, Zürich, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Samstag, 15. November 2008, 9.30–11.00 Uhr, Schaffhauserplatz, Zürich, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Mittwoch, 19. November 2008, 18.30–19.30 Uhr, Bucheggplatz, Zürich, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

**Stadt Zürich / Kreis 8**

Samstag, 15. November 2008, 9.30 Uhr, Höschgasse/Seefeldstrasse (vor Coop), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Samstag, 22. November 2008, 9.30 Uhr, Einkaufszentrum Witikon, Zürich, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

**Stadt Zürich / Kreis 9**

Freitag, 5. Dezember 2008, 19.00 Uhr, Schützenstube Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlausfeier.

**Stadt Zürich / Kreis 11**

Samstag, 8. November 2008, 9.15–12.00 Uhr, auf dem Marktplatz (beim Brunnen hinter Swissôtel), Zürich, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

Samstag, 15. November 2008, 9.15–12.00 Uhr, auf dem Marktplatz (beim Brunnen hinter Swissôtel), Zürich, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

**Winterthur Stadt / Seen**

Samstag, 15. November 2008, 8.30–12.30 Uhr, vor dem Einkaufszentrum, Seen, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008.

**SVP-FRAUEN**

**Frauengruppe SVP Stadt Zürich**  
Samstag, 8. November 2008, 9.30–11.30 Uhr, vor dem Café Mandarin, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008. Es werden Äpfel verteilt, gespendet von Gemeinderätin Hedy Schlatter (Kreis 1 und 2).

Samstag, 15. November 2008, 9.30–11.00 Uhr, Höschgasse/Seefeldstrasse (vor dem Coop), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008 mit Kaffee und Kuchen.

Samstag, 22. November 2008, 9.00–12.00 Uhr, Birmensdorferstrasse/Gutstrasse, vor der Migros, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008 mit Kaffee und Kuchen.

Dienstag, 2. Dezember 2008, 19.00 Uhr, Restaurant Bahnhof Wollishofen, Seestrasse 339, Zürich-Wollishofen, Adventessen.

Montag, 26. Januar 2009, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

**SVP-Frauen Bezirk Winterthur**

Samstag, 15. November 2008, ab 19.00 Uhr (Apéro) Schützenhaus, Pfungen (Dorfzugang Richtung Rumstal, rechte Strassenseite), Raclette-Essen. Kosten: 25 Franken (Getränke nicht inbegriffen), inkl. Apéro und Dessertbuffet vom Forrenhof. Anmeldungen an Cornelia Amacker, Ebustrasse 2, 8413 Neftenbach, Telefon 052 315 23 02, E-Mail: cornelia.amacker@bluewin.ch (bitte Name, Vorname, Adresse und Anzahl Personen angeben). Anmeldeschluss: Samstag, 8. November 2008.

**SVP-Frauen Kanton Zürich**

**Vorankündigung:** Montag, 11. Mai 2009, im Bezirk Meilen, SVP-Frauen Kanton Zürich/SVP-Frauen Bezirk Meilen, Veranstaltung mit der Verkehrskommission der SVP Kanton Zürich.

**Vorankündigung:** Donnerstag, 12. März 2009, Stadt Winterthur, SVP-Frauen Kanton Zürich/SVP-Frauen Winterthur zusammen mit SIFA – Sicherheit für alle (<http://www.sifa-schweiz.ch>, <http://svpfrauen.ch>), Veranstaltung.

Donnerstag, 13. November 2008, 18.00 Uhr, zu Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, ins wunderschöne Toggenburg (Weihnachtsanlass) mit Abendessen im Landgasthof Sonne, Ebnet-Kappel ([www.hausderfreiheit.ch](http://www.hausderfreiheit.ch)).  
18.00 Uhr Besammlung auf dem Carparkplatz Sihlquai, Zürich.  
18.15 Uhr Abfahrt.  
18.40 Uhr Abfahrt Dübendorf (Zwischenhalt auf Chilbiplatz bei Stadtpolizei/Post 1).

Zwischen 22.00 und 23.00 Uhr Rückfahrt. Originelles Toggenburger Nachtessen mit «Ap-penzeller»-Apéro: «Chäshörnli und Südwurst mit Toggenburger Schlorzifladen». Kosten Essen pro Person: 32 Franken, exkl. Getränke. Kosten Carfahrt pro Person: 40 Franken, exkl. Essen und Getränke. Teilnehmerzahl: Maximal 50 Personen. SVP-Mitglieder und Sympathisanten sind herzlich willkommen! Nationalrat Toni Brunner wird Sie bei der Carfahrt ab Zürich begleiten. Anmeldung erforderlich an Jacqueline Hofer, Telefon 044 820 20 90, Fax 044 820 20 85 oder E-Mail: info@jhofer.ch mit folgender Angabe: Eintritts-ort.

**WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN**

Mittwoch, 12. November 2008, 20.00 Uhr, Hotel zum Goldenen Kopf, Bülach, Podiumsdiskussion zur Abstimmungsvorlage vom 30. November 2008: Renten-Initiative (Initiative für ein flexibles AHV-Alter). Es diskutieren Pro: Nationalrätin Christine Goll (SP), Zürich und Kantonsrat Marcel Burlet (SP), Zürich. Contra: Nationalrat Alfred Heer (SVP), Zürich und Kantonsrat Jean-Luc Cornaz (FDP), Zürich. Moderation: Friedel Husemann, ehemaliger Redaktor des Zürcher Unterländers und Weinkenner. Es laden ein: SP Bülach und Gewerkschaft UNIA.

Samstag, 6. Dezember 2008, 18.00 Uhr, Hôtel et Restaurant de la Cigogne, rue de l'Allaine 35, Miécourt (JU), Sankt Martinsfest mit Ehrengast André Bugnon, Nationalratspräsident. Kosten Menu: 45 Franken pro Person. Anmeldungen bis am Mittwoch, 26. November per E-Mail an [jeunesse@udc-ju.ch](mailto:jeunesse@udc-ju.ch) oder Natel 079 765 48 31. Beschränkte Plätze. Organisation: Junge SVP Jura.

**Stiftung Eltern sein**

Montag, 10. November 2008, 19.30 Uhr, Plenarsaal der Eulachpassage der ZHAW, Technikstrasse 71 (5 Minuten vom Bahnhof Winterthur), öffentliche Diskussion zum Thema «HarmoS: Chance oder Gefahr für die Schule?». Pro: Nationalrat Ruedi Noser, FDP, Unternehmer, Lilo Lätzsch, Präsidentin ZLV. Contra: a. Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer, SVP Zürich sowie Kantonsrat Matthias Hauser, Lehrer, SVP. Moderation: Peter Haerle, Publizist.

**SVP Uri**

Freitag, 5. Dezember 2008, 18.30 Uhr, Rollhockey-Halle, Dorfstrasse 117, Seedorf UR, Veranstaltung «10 Jahre SVP Uri».

**IMPRESSUM****Der Zürcher Bote**

ISSN 1660-6701

Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich  
Erscheint jeden Freitag

**Abonnementspreis** jährlich:

Parteimitglieder Fr. 48.–  
Nichtmitglieder Fr. 58.–  
+2,4% Mehrwertsteuer

**Redaktion:** Seite 1–8

Christoph Bähler (ba.), Daniela Vas (vs.)  
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65  
[zb@svp-zuerich.ch](mailto:zb@svp-zuerich.ch)

**Mitarbeiter:**

Claudio Zanetti (zac.), Hans Fehr (fe.)

**Redaktion:**

«Zürcher Bote»  
Nüscherstrasse 35, 8001 Zürich  
Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32  
[bauernverband@zbv.ch](mailto:bauernverband@zbv.ch), PC 80-1718-7

**Inseraten-Annahme:**

«Zürcher Bote», Inserate  
Seestrasse 95, 8800 Thalwil  
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78  
E-Mail: [inserate@zuercher-bote.ch](mailto:inserate@zuercher-bote.ch)

**Inseratenschluss:**

Mittwoch 15.00 Uhr  
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige  
Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate  
1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–  
+7,6% Mehrwertsteuer

**Druck und Abonnementsdienst:**

Stutz Druck AG  
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil  
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22  
[info@stutz-druck.ch](mailto:info@stutz-druck.ch)

Programm:

18.30 Uhr: Eintreffen der Gäste/Apéro/Echo vom Tödi.  
19.30 Uhr: Begrüssung und Worte von Tino Gisler, OK-Co-Präsident und Gusti Planzer, Präsident SVP Uri.  
19.45 Uhr: Wort des Präsidenten der SVP Schweiz, Nationalrat Toni Brunner.  
20.00 Uhr: Nachtessen, musikalisch umrahmt vom Echo vom Tödi.  
21.30 Uhr: Festansprache durch Dr. Christoph Blocher, abgewählter Bundesrat.  
22.15 Uhr: Kaffee, Dessert und musikalische Unterhaltung vom Echo vom Tödi.  
23.00 Uhr: Unterhaltung mit der Stimmungskanone des volkstümlichen Schlagers, Diana.  
Anschließend musikalische Unterhaltung vom Echo vom Tödi. Ab 21.00 Uhr Barbetrieb bis 04.00 Uhr. Der Eintritt ist frei. Unkostenbeitrag für Nachtessen: 18 Franken. Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung unumgänglich. Anmeldungen bitte via Internet unter [www.svp-uri.ch](http://www.svp-uri.ch) oder Anruf an die Natelnummer 076 457 16 04 (Stefan Simmen). OK «10 Jahre SVP Uri».

**VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN**

**Vortrag «Wohlbefinden im Alter»**

Montag, 1. Dezember 2008, 14.00–16.00 Uhr, Volkshaus, Weisser Saal, Stauffacherstrasse 60, Zürich (Tram 8 oder Bus 32 bis Helvetiaplatz). Themen: Stadtrat Robert Neukomm: **Lachen ist gesund.** Prof. Dr. Brigitte Boothe, Psychologisches Institut Universität Zürich: **Findet mich das Glück?** Pello, Clown und Humorberater: **Humor als Schwimring auf dem Strom des Alltags.** Der Eintritt ist gratis.

**Podiumsdiskussion zur Volksabstimmung vom 30. November 2008****HarmoS (Bildungsartikel in der Verfassung): Ist die angestrebte Harmonisierung der Volksschule richtig oder falsch?****Dienstag, 11. November 2008, 19.30 Uhr Mehrzweckraum Schulhaus Rietlen 4, Niederglatt**

Einleitungs-Referat:

**Hanspeter Amstutz**, Bildungsrat, EVP, Fehrltorf

**Pro:**

**Marcel Burlet**  
Kantonsrat SP,  
Sekundarlehrer, Watt

**Daniel Frei**

Generalsekretär SP Kt. Zürich  
Schulpfleger, Niederhasli

Gesprächsleitung:  
Frau Dominique Marti  
Redaktorin «Zürcher Unterländer»

**Kontra:**

**Samuel Ramseyer**  
Kantonsrat SVP,  
Präs. Bildungskomm. des Kantonsrats,  
Niederglatt

**Matthias Hauser**

Kantonsrat SVP,  
Sekundarlehrer, Hüntwangen

**Eine Veranstaltung der SP und der SVP des Bezirks Dielsdorf****Regierungsrat, CVP, EDU,****EVP, FDP und SVP sagen ...**

am 30. November

**Ja**

zur **Wahlfreiheit**  
beim **Medikamentenbezug**

[www.JAZurWahlfreiheit.ch](http://www.JAZurWahlfreiheit.ch)

Komsee, Freisler, 138 · 8032 ZH